

Recherchen über ^{Seite 14} Priester-Mobbing ^{Seite 15 und 17} Bischöfe und Kirchengastritte



Römisch-Katholisch
28. Jg./ Nr. 9
13. September 2012
Preis: 2,2 Euro (A);
2,2 Euro (D); sfr 4 (CH)

*Gotisches Christus-
bild aus dem 12.
Jahrhundert in der
„Taufkirche des Hei-
ligen Johannes“ in
Poitiers, Frankreich.
Lesen Sie dazu Pater
Fridolin Außersdor-
fer auf Seite 2!*



Das zu Unrecht vergessene Konzil

500 Jahre Lateranense V.

Im Schatten des 50-Jahr-Jubiläums der Einberufung des 2. Vatikanischen Konzils wird ein mindestens ebenso bedeutendes Jubiläum (fast) vergessen: Vor nun 500 Jahren, am 3. Mai 1512, begann das Fünfte Lateranensische Konzil, einberufen vom großen Papst **Julius II.**

Julius II., dessen Pontifikat von 1503 bis 1513 dauerte, war eine überragende Persönlichkeit, auch wenn

sein Charakter erhebliche Mängel aufwies. Mit **Donato Bramante**, **Raffaello Santi** und **Michelangelo Buonarroti** nahm er die bedeutendsten Künstler seiner Zeit in den Dienst der Kirche. Ohne **Julius II.** gäbe es den heutigen Petersdom nicht und wäre die Menschheit um die Fresken der Sixtinischen Kapelle ärmer.

In bewegter Zeit berief **Julius II.** das 5. Lateranensische Konzil ein, zunächst,

um die Gefahr eines Schismas zu bannen. Neben einer Reihe von Kirchenreformen, unter anderem der Abschaffung der Korruption bei Papstwahlen, behandelte das Konzil aber auch zwei Themen, denen heute eine neue und brennende Aktualität zukommt.

Es sind dies: Die Bekräftigung der Lehre von der Unsterblichkeit der vernunftbegabten Menschenseele, und die Lehre über

Die christlichen Parteien AUF und PBC laden zu einer gemeinsamen öffentlichen Veranstaltung am Samstag, 22. September, nach Berlin ein.

Münch setzt kräftige Zeichen

Hauptredner zum Thema „Das ‚C‘ in Politik und Gesellschaft“ ist der frühere Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Professor Dr. **Werner Münch**.

Die Veranstaltung im Tagungszentrum Hotel Aquino bei der Katholischen Akademie in Berlin-Mitte, beginnt um 10 Uhr. Ein „Marsch für das Leben“ beginnt um 13 Uhr mit einer Kundgebung vor dem Bundeskanzleramt.

Lesen Sie auf Seite 9.

die rechte Finanz- und Wirtschaftsethik. Wenn das Konzil diese Themen auch nur relativ knapp behandelt hat, so ist allein die Tatsache, diese Wahrheiten in

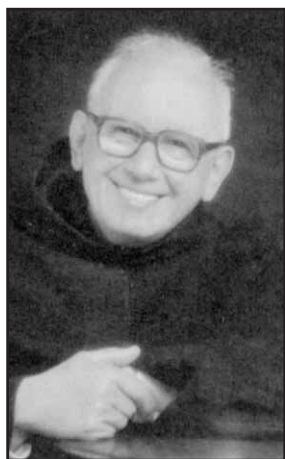
Fortsetzung Seite 6

Diese Ausgabe des „13.“ wurde spätestens am 13. September 2012 gedruckt und in Österreich ausgeliefert. Für die deutschen Abonnenten erfolgte die Anlieferung zur Post in Wegscheid spätestens am 14. September 2012.

Pater Fridolin Außersdorfer OFM war ein tiefer Denker. Er suchte GOTT mit ganzem Herzen zu dienen. Am Beginn der Neunzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts schrieb er ein Buch über das „Biblische Lied vom Bräutigam und der Braut“. Auf fast 300 Seiten faßte er sein theologisches Wissen und seine mystische Erfahrung über die Beziehung des allmächtigen SCHÖPFERGOTTES zur Seele des Menschen zusammen. Wer ist der Bräutigam des Hohenliedes im Alten Testament? So fragt er und gibt die Antwort:

Gott sucht Seelen

Aus dem Vermächtnis von
P. Fridolin Außersdorfer OFM



Der Bräutigam des Hohenliedes ist GOTT von Ewigkeit zu Ewigkeit: JESUS CHRISTUS hat nicht – wie jeder Mensch – im Schoße seiner Mutter sein Dasein begonnen: Das Leben JESU hat eine lange Vorgeschichte. Man nennt das Prä-Existenz. Diese Erkenntnis gewinnen wir aus folgenden Quellen:

Zeugnis 1: Obwohl von Ewigkeit her vollkommen GOTT, nicht durch unrechtmäßige Aneignung, sondern von Natur, ent-

Pater Außersdorfer

äußerte er sich selbst, nahm Knechtsgestalt an, erschien (ohne aufzuhören, wahrer GOTT zu sein) in seinem Äußeren als Mensch, erniedrigte sich und ward gehorsam bis zum Tod, ja bis zum Tod am Kreuze (Phil 2, 6-8 Theologisches; Januar 1991, 45). Ein herrliches Zeugnis für die Prä-Existenz des von Ewigkeit her existierenden GOTTESSOHNES. Es ist also nicht so, daß das ewige Wort GOTT war (nach seiner Menschwerdung aber nicht mehr); auch nicht so, daß GOTT Sohn wie GOTT, also bloß Gott ähnlich; auch nicht so, daß „GOTT in ihm“ – oder daß „GOTT uns in CHRISTUS begegnet“ als Sachwalter, Stellvertreter, Sprecher oder Gesandter GOTTES; sondern: JESUS CHRISTUS ist GOTT, der prä-existente SOHN des ewigen VATERS von Ewigkeit zu Ewigkeit.

Zeugnis 2: JESUS ist der menschengewordene „Ich bin“, der schon im Alten Testament im brennenden Dornbusch Moses erschienen ist: „Ich bin ist mein Name in Ewigkeit“ (Ex 3,14). JESUS CHRISTUS ist „der Herr, der allmächtige GOTT, der ist und der war und der kommen wird (Offb 1, 4).

Zeugnis 3: „Voll Freude kehrten die Jünger zurück und berichteten: HERR! – Selbst die bösen Geister sind uns in DEINEM Namen untertan. ER entgegnete: ICH sah den Satan wie einen Blitz vom Himmel fallen“ (Lk 10, 18). Das heißt: Als ewiger SOHN des ewigen VATERS hat JESUS CHRISTUS den Kampf der guten Engel gegen die bösen und den Sturz Luzifers persönlich gesehen.

Papst plant vie

Papst Benedikt XVI. plant eine neue Enzyklika. Katholiken freuen sich schon jetzt darauf.

Nachdem der Papst den dritten Teil seines Jesus-Buchs abgeschlossen hat, wird es „vielleicht eine En-

zyklika geben, die vierte seines Pontifikats“, sagte Kardinalstaatssekretär **Tarcisio Bertone**. Das neue Lehrschreiben könnte in zeitlicher Nähe zu dem vom Papst ausgerufenen „Jahr des Glaubens“ erscheinen. Das The-

Franziskus als Vorbild

Papst **Benedikt XVI.** hat die Gläubigen aufgerufen, sich nicht einseitig auf materielle Sicherheiten zu fixieren. Als Vorbild verwies er auf den heiligen **Franziskus** (1181/1182-1226). Anlaß für die Äußerungen war der Gedenktag des heiligen **Bonaventura** (1221-1274). Der Ordensgeneral der Franziskaner verfaßte die erste Biografie über den heiligen **Franziskus**.

Wunder sind keine Glaubensgrundlage

Papst **Benedikt XVI.** hat sich gegen eine Fixierung auf übernatürliche Phänomene und Wunder als Stütze für den Glauben gewandt. Das eigentliche Wunder des Glaubens sei, daß GOTT Mensch geworden sei, sagte der Papst am 19. August in Castel Gandolfo. Viele Jünger JESU, die von seinen Wundern durchaus begeistert waren, seien von seinen geistlichen Worten oft sogar

enttäuscht gewesen und hätten sich daraufhin von IHM abgewandt. Die Menschen hätten einen triumphalen Einzug JESU in Jerusalem und seine Ausrufung zum König von Israel erwartet. Stattdessen habe JESUS deutlich gemacht, daß ER sich für die Sünden der Menschen opfere. Die Worte des Papstes scheinen einen aktuellen Bezug auf die Gegenwart zu haben.

Benedikt genießt Tr

„Die Ökumene“ stand im Mittelpunkt des Treffens des Ratzinger-Schülerkreises in Castel Gandolfo. Das Treffen der Freunde des Papstes begann am 30. August. Thema waren die „Ökumenischen Ergebnisse und Fragen im Gespräch mit Luthertum und Anglikanismus“.

Für den 85jährigen Papst, der auch nach seiner Papstwahl wissenschaftlich arbeitet und Bücher schreibt, ist das Treffen mit dem Schülerkreis jedesmal ein Wiedersehen mit langjährigen Freunden und Wegbegleitern.

Die Treffen finden stets hinter verschlossenen Türen

Die Kirche in der Enzyklika

menjahr beginnt am 11. Oktober 2012 und dauert bis zum 24. November 2013.

In seinen drei bisherigen Enzykliken befaßte sich **Benedikt XVI.** mit den Themen Liebe („Deus caritas est“, 2005), Hoffnung („Spe

salvi“, 2007) und mit der katholischen Soziallehre („Caritas in veritate“, 2009).

Als möglicher Gegenstand des vierten großen Lehrschreibens wird eine Abhandlung über den Glauben vermutet.

Finanzlage des Vatikans

Der Haushalt des Vatikans verbucht für das Jahr 2011 ein Minus von 14,9 Millionen Euro.

Den größten Posten im Haushalt des Heiligen Stuhls machen die Personalkosten für die 2.832 Angestellten und die Ausgaben für die Medien aus.

Anders als der Haushalt des Heiligen Stuhls weist die Bilanz des Vatikanstaates mit seinen 1.887 Mitarbeitern ein Plus von 21,8 Millionen Euro aus. Der „Peterspfennig“, den die Gläubigen in aller Welt für karitative Aufgaben des Papstes sammeln, verzeichnete für 2011 sogar einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 54,6 Millionen Euro auf 56,2 Millionen Euro.

Auch der Betrag, mit dem die Diözesen der Weltkirche zur Unterstützung des Heiligen Stuhles beitragen, ist

angestiegen: von 22,1 Millionen Euro auf 25,9 Millionen Euro. Die Vatikanbank überwies aus ihrem Gewinn dem Papst für 2011 einen Betrag von 49 Millionen Euro.

Die Vatikanbank IOR hat (übrigens erstmals seit vielen Jahren) detaillierte Angaben über ihre Geschäfte gemacht: sie verwaltet rund 33.000 Konten mit insgesamt sechs Milliarden Euro Einlagen.

Gebet zu Maria

Papst **Benedikt XVI.** hat zu einer stärkeren Marienverehrung aufgerufen. Diese müsse ein „wichtiges Element“ der Glaubenspraxis bilden, sagte der Papst am 22. August in Castel Gandolfo. Im persönlichen Gebet dürfe die Anrufung der Gottesmutter nicht fehlen.

Offen mit Freunden

statt: keine Infos für Medien. Einer der Teilnehmer sagte, **Benedikt XVI.** habe sich auch nach Jahren auf dem Stuhl Petri kaum verändert. „Er ist immer **Joseph Ratzinger** geblieben, so wie wir ihn kennen: freundlich und aufmerksam.“ Der Papst bleibe „ein Mann der Wis-

senschaft mit einem hohen Aufnahmevermögen“ und „bestens informiert“. Nach seinem Eindruck genieße es **Benedikt XVI.**, bei diesen Zusammenkünften wieder einmal Professor sein zu können. Die Zusammenfassungen und Einschätzungen des Papstes seien „genial“.

Liebe Leserin, lieber Leser!


*Nach der Sommerpause melden wir uns ein paar Tage früher zurück, als ursprünglich geplant. Wir haben den Redaktionsschluß für die vorliegende Ausgabe etwas vorverlegt: wir wollen nämlich zum großen Kongreß „Freude am Glauben“ nach Aschaffenburg fahren. Das „Forum deutscher Katholiken“ lädt zu dieser Veranstaltung heuer zum zwölften Mal ein. Das Thema heißt „Die Kirche – mehr als eine Institution“. Um in Aschaffenburg sein zu können, mußten wir also den Druck für die Septemбераusgabe ein paar Tage vorverlegen. Treffen wir einander von 14. bis 16. September sogar in Aschaffenburg? Gemeinsam mit **Günter Annen** und **Josef Preßlmayer** haben wir dort auch Standplätze, auf denen wir unsere Anliegen präsentieren.*

Ausgerechnet (oder erfreulicherweise gerade in der Sommerpause) traf den Älteren von uns ein erzwungener Krankenstand.

*Zu berichten ist auch, daß in der Sommerpause das schriftliche Urteil des Oberlandesgerichts Linz in dem Prozeß erging, den Vizeoffizial **Dr. Alexander Pytlík** gegen die **Albert Engelmann GesmbH**, also gegen den „13.“, angestrengt hatte. Das Oberlandesgericht Linz bestätigte das Urteil des Erstrichters. Mit dem nun schriftlich ergangenen Urteil des Oberlandesgerichtes Linz ist in Österreich das Endurteil gesprochen. Wir hoffen, daß einige noch offene Fragen im persönlichen Gespräch gelöst werden können.*

Die Situation der Kirche ist heute wirklich sehr schwierig. Aber das war schon vor 2000 Jahren in der Zeit der Apostel so. Die Apostel und alle Menschen bisher mußten glauben, was sie gelesen, gehört, gesehen und erlebt hatten. Auch die Apostel mußten glauben, was sie über die wunderbare Geburt des GOTTMENSCHEN von der Gottesmutter gehört hatten. Sie mußten das Wunder der Auferstehung glauben, obwohl sie bei dem unerhörten Geschehen nicht direkt dabei waren. Geht es uns heute anders? Nein, wir kommen zum Glauben, wenn wir uns informieren, wenn wir das Wunderbare, das für den Verstand unbegreiflich ist, wirklich zu erfahren suchen. Der Glaube wird uns dann als unverdiente Gnade geschenkt. Wir aber haben die Aufgabe, diesen Glauben an unsere Mitmenschen weiterzugeben. Das ist es übrigens, was wir seit Bestehen des „13.“ zu tun versuchen. Bitte beten Sie, daß wir unsere Aufgabe bewältigen.

In tiefer Verbundenheit grüßen wir Sie, dankbar für alles, was Sie geistlich, geistig und finanziell für uns tun:

Friedrich Engelmann 

Erstausgaben, Ikonen und ein kleiner Elefant...

Was der Papst mit Geschenken macht

Der Papst hat einen neuen „Reggente“ ernannt, der für seine Audienzen zuständig ist. Er ist der süditalienische Rogationisten-Pater **Leonardo Sapienza**.

Aufmerksamkeiten

Wer eine Audienz beim Papst erhält, bringt in der Regel ein Geschenk mit. Staatsoberhäupter, Kirchenführer oder ökumenische Gäste kommen mit Bildern, Büchern, Skulpturen, alten Stichen oder Faksimiles in den Vatikan. Die Palette reicht vom bunten Kirchenbildband bis zur Bibel-Prunkausgabe, vom Früchtekorb bis zur Geburtstagstorte. Auch Schecks mit mehr oder weniger hohen Geldspenden finden sich unter den Geschenken.

Die meisten Geschenke, von Lebensmitteln abgesehen, werden von der vatikanischen Präfektur oder den

päpstlichen Privatsekretären erfaßt, registriert und in dafür bestimmte Magazine gestellt. So dürften auch der legendäre „Goldklumpen“ oder die alte Aeneis-Ausgabe aus dem Papst-Appartement in die Hände und dann in die Wohnung des untreuen Butlers **Paolo Gabriele** gelangt sein.

Bunt wie das Leben...

Natürlich kann sich der Papst nicht all die Bücher und Kunstwerke in seine Wohnung stellen. Und auch die vatikanischen Museen müßten Säle leerräumen, wollte man die vielen Heiligenbilder und Marienstatuen, die Landschaftsaufnahmen und Souvenirs präsentieren. Manche Geschenke kommen tatsächlich ins Museum – für Moderne Kunst oder in die völkerkundliche Abteilung. Andere Gegenstände werden nach einiger

Zeit versteigert, der Erlös karitativen Zwecken zugeleitet. Die dem Papst geschenkten Lebensmittel, Obst, Würste oder Kuchen schickt die vatikanische Präfektur sofort diskret an das nahe kirchliche Kinderkrankenhaus Bambin'Gesù oder an eine der Armenküchen der Mutter-Teresa-Schwestern. Und

die Tiere, die kleinen Elephanten, Esel? In der Regel bleiben sie in ihrem Land. Die Nuntiatoren kümmern sich darum, daß die Elefanten, Antilopen oder Esel in einen Zoo oder einen landwirtschaftlichen Betrieb kommen. Nur der Esel graste sein Leben lang im Garten der Nuntiatoren...

Was geschah im Hintergrund?

Der Vatikan hat den früheren Erzbischof von Ljubljana **Alojz Uran** (67) laut einem slowenischen Zeitungsbericht aufgefordert, das Land zu verlassen.

Uran war 2009 nach nur fünfjähriger Amtszeit als Erzbischof der Hauptstadtdiözese Ljubljana aus Krankheitsgründen zurückgetreten. Als er sich im Mai 2012 aus der Bischofskonferenz zurückzog, wurde in Medien spekuliert, dies sei vor dem Hintergrund einer Vaterschafts-

feststellung und auf Druck aus dem Vatikan geschehen. Auf Tatsachen und Fakten beruhende Informationen gibt es bis heute nicht. Alles spielt sich „geheim“ ab.

Knappe Kasse

Der katholische Erzbischof von Philadelphia verkauft seine Residenz und ein Ferienhaus für Priester, um das Millionendefizit im Bistumshaushalt auszugleichen.

Ein sehr persönliches Bekenntnis

*Mögen die heutigen Strömungen dorthin oder dahin gehen, ich fühle mich bei Papst **Benedikt** gut aufgehoben! Was er sagt, ist Geist und Leben. Ich freue mich jedesmal, ihn zu hören. Die Menschen müssen nur ganz hinhören. Hören wollen. Er ist als oberster Hirte angehalten, zusammen mit den Bischöfen das Evangelium **CHRISTI** ungeschmälert, unverfälscht auch der heutigen Welt, ohne wenn und aber, ob gelegen oder ungelegen, zu*

bringen und zu verkünden. Auch wenn manche murren, weil ihnen das nicht mehr zusagt.

*War es nicht auch schon zur Zeit **JESU** so? Haben nicht seine Zeitgenossen gemurrt und so in dem Sinn gesagt, „was er sagt ist unmöglich! Wer kann es hören?!“ Und doch hat die Wahrheit recht bekommen, weil **JESUS** selbst die Wahrheit ist. Die Wahrheit und das Leben. Und keiner kommt zum **VATER**, außer durch **IHN**! Wehe den Wölfen,*

die in den Schafstall gedrungen sind, die Herde zu zerstreuen! Die Gefährlichsten sind die, die innerhalb der Kirche rumoren. Die Jugend von heute hat keine, oder kaum noch Vorbilder. Ich kann dieser Jugend nur sagen, sie soll sich einen Heiligen suchen, vielleicht den Namenspatron. Sie soll ihn zum Begleiter und Fürsprecher erwählen. Wir haben einen solchen Schatz an heiligen Vorfahren, die in schwersten Zeiten für die Wahr-

*heit des Evangeliums Zeugnis ablegten, dafür ihr Blut und Leben hingaben! Ungezählt sind sie, die jetzt bei **GOTT** in strahlender Jugend und Schönheit sich in höchster Glückseligkeit für immer und ewig erfreuen. **GOTT** ist die Liebe und was **JESUS**, der **SOHN GOTTES**, aus Liebe zu uns getan hat, ist jede Mühe wert! Gelobt und angebetet sei die Heiligste Dreifaltigkeit: **GOTT VATER, SOHN UND HEILIGER GEIST!***

Katharina Schwarz

Neue Klage gegen Bischof

Gegen den früheren Bischof von Brügge, **Roger Vangheluwe**, ist eine neue Klage wegen sexuellen Mißbrauchs eingegangen. Die belgischen Bischöfe distanzieren sich ausdrücklich von **Vangheluwe**.

Die belgische Staatsanwaltschaft hatte erklärt, daß ein heute 30jähriger Mann

gegen den früheren Bischof Anzeige erstattet habe. **Vangheluwe** hatte im April 2011 in einem TV-Interview den Mißbrauch eines anfangs fünf Jahre alten Neffen zwischen 1973 und 1986 sowie den Mißbrauch eines zweiten Neffen eingeräumt. Das Interview löste einen Sturm der Entrüstung aus.

Straßburg stützt Kirche

Die katholische Kirche darf nach einem Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs bei der Auswahl von Mitarbeitern religiöse und moralische Kriterien anwenden.

Die Straßburger Richter erklärten damit die Ent-

scheidung eines spanischen Bischofs für rechtmäßig, den Anstellungsvertrag eines Lehrers nicht zu verlängern, der sich als Priester laisieren ließ und in Publikationen der katholischen Lehre widersprechende Überzeugungen vertrat.

„30Giorni“ eingestellt

Die katholische Zeitschrift „30Giorni“ stellte nach fast 30 Jahren ihr Erscheinen ein.

Die 1983 gegründete Zeitschrift stand seit 1993 unter der Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten **Andreotti**. Sie erschien außer auf Italienisch in sechs internationalen Ausgaben auf Französisch, Deutsch, Englisch, Spanisch, Portugiesisch und Arabisch. Die Auflage betrug angeblich fast 100.000 Exemplare.

Meinungen G.L.Müllers

Der Präfekt der vatikanischen Glaubenskongregation, Erzbischof **Gerhard Ludwig Müller**, hat sich gegen eine pauschale Verurteilung der südamerikanischen Befreiungstheologie gewandt. Man müsse zwischen einer „falschen“ und einer „richtigen“ Ausrichtung unterscheiden, sagte Müller in einem Interview der Vatikanzeitung „*Osservatore Romano*“. Von der Piusbruderschaft verlangte er, sie müsse das gesamte kirchliche Lehramt anerkennen.

Kirchweihe

Kardinaldekan **Angelo Sodano** ist Sondergesandter für die Einweihung der neuen Kathedrale von Karaganda in Kasachstan. Die feierliche Weihe der Kirche „Unsere liebe Frau von Fatima, Mutter der Nationen“ findet am 9. September statt. Mit dem Bau der Kathedrale war im September 2004 begonnen worden.

Eine Intrige?

Der abgesetzte slowakische Erzbischof **Robert Bezak** („Der 13.“ berichtete ausführlich) ist seit Anfang August Aushilfspriester in seinem Heimatbistum Banská Bystrica. Der frühere Leiter des Erzbistums Trnava absolviert dort ein „Sabbatjahr“. Die genauen Gründe der Absetzung sind weiterhin nicht bekannt.

Die Heilige vom Mohawk River

Der Papst ehrt eine Indianerin

In Kürze wird eine Angehörige der Mohawk von Papst **Benedikt XVI.** heiliggesprochen. **Kateri Tekakwitha** (1656-1680) wird die erste Person überhaupt aus der Urbevölkerung Nordamerikas sein, die auf diese Weise geehrt wird. **Kateri**, deren Leben in den US-Medien mit näherrückendem

Termin der Heiligsprechung verstärkt gewürdigt wird, erkrankte als Vierjährige an den Pocken – eine Seuche, die von Weißen nach Amerika gebracht wurde und der unzählige Indianer zum Opfer fielen. Als Folge der Infektion blieb sie von Narben gezeichnet; außerdem war sie halbblind. In Kontakt mit

katholischen Missionaren gekommen, wurde **Kateri** im Alter von 20 Jahren getauft. Sie verrichtete in einem kanadischen Indianerdorf Arbeit mit Armen und Kranken und zeichnete sich durch Glaubensstrenge aus. Sie legte einen Eid ab, Jungfrau zu bleiben. Im Alter von 24 Jahren starb sie im April 1680.

PERSONALIA

*Der US-amerikanische Kurienkardinal **James Francis Stafford** wurde 80 Jahre alt. Er schied aus dem Kreis der Papstwähler aus. Es sind noch 120 der 208 Kardinäle zur Teilnahme an einem Konklave berechtigt.*

***Salvatore Joseph Cordileone** (56), bislang Leiter des kalifornischen Bistums Oakland, ist neuer Erzbischof von San Francisco.*

***Pater Heinz Kulüke** aus Deutschland ist neuer Generalsuperior der Steyler Missionare.*

*Die Ordensgemeinschaft der Spiritaner hat **John Fogarty** (60) zu ihrem neuen Generaloberen gewählt. Der irische Pater besitzt Hochschulabschlüsse in Physik und Mathematik und studierte in Fribourg in der Schweiz Theologie.*

*Der gebürtige Brasilianer **Aldino Kiesel**, seit 2006 Generaloberer der Oblaten des heiligen Franz von Sales, ist für weitere sechs Jahre an die Spitze der internationalen Ordensgemeinschaft gewählt worden.*

*Die EU hat zum ersten Mal einen Sonderbeauftragten für Menschenrechte ernannt: Der frühere griechische Außenminister **Stavros Lambri-nidis** (50) übernahm dieses Amt am 1. September.*

*Der geistige Führer der orthodoxen israelischen Schas-Partei, **Rabbi Ova-dia Josef**, hat aufgerufen, für die Vernichtung des Iran zu beten.*

Fortsetzung von Seite 1
Erinnerung gerufen zu haben, Grund genug für eine würdige Rückschau. Zeitlos weitblickend hatte das Konzil erklärt, daß „die Seele nicht nur wahrhaft und wesenhaft die Form des menschlichen Leibes – wie der auf dem Vienennischen Konzil erklärte Lehrsatz lautet – sondern auch unsterblich ist.“

Unsterbliche Seele

Die Sorge für die unsterbliche Seele bedarf heute, im Zeitalter des kirchlichen Gremialismus und der Projektgruppen dringend einer Wiederbesinnung, verbunden mit dem Blick auf die Eschata, auf die Lehre von den Letzten Dingen. Diese scheinen heute weit in den Hintergrund gerückt worden zu sein. Eine Jenseitsvergessenheit legt sich heute über das kirchliche Leben, manchmal so sehr, daß die Rede von der Unsterblichkeit der Seele geradezu als Fundamentalismus abqualifiziert wird.

Das Interesse einer sogenannten neuakzentuierten Seelsorge („Pastoral“ ge-

nannt) gilt heute vielmehr den Strukturen, den Verantwortungsbereichen, Pastoralräumen, Krisen- und Konfliktbewältigungen, den professionellen Beratungen, pastoralen Vollzügen, diözesanen Planungen und Konzeptionen, den Konferenzen, diözesanen Zentralstellen, dem pastoralen Erfahrungsaustausch, den ganzheitlichen Seelsorgsprozessen, pastoralpsychologischen Erkenntnisgewinnen, Pastoraltagungen, pastoralen „Suchprozessen“, dem Erwerb seelsorglicher Fachkompetenzen, dem „Miteinander von pastoralen Orten und Gelegenheiten“...

Was sagt Paulus?

Aber Unsterblichkeit der Seele, Jenseits, Himmel, Eschata? Was sagte doch **Paulus** den Kolossern? „Denkt himmlisch, nicht irdisch!“ Wann wird es endlich wieder um dieses Wesentliche gehen? Das Anliegen des V. Lateranense ist aktueller denn je.

Im Gegensatz zu den komplizierten, riesigen und unüberschaubaren Verflech-

tungen heutiger Finanztransaktionen und Wirtschaftsvorgänge stellen die einfachen, aber klaren Worte des Konzils zu den monetären Problemen des Darlehens und Zinses eine leuchtturmartige Wegweisung dar.

Das Konzil sagt

Den Zentralbanken und Hedge-Fonds, den Nutznießern des Kapitals und Geldwäschern, den „Heuschrecken“ und Dividendenjägern, den Spekulanten, Abzockern und skrupellosen Finanzhaisen sagt das Konzil:

Darlehen sind für das Wirtschaftsleben verdienstvoll und lobenswert, sie haben weder den Anschein des Bösen, noch sind sie sündhaft, wenn sie der Gerechtigkeit und der Linderung der Armut dienen.

Zinsen sind notwendig und gerecht, wenn sie der Bezahlung für Aufwendungen sowie der Bezahlung von Angestellten und Betriebsaufwendungen dienen und auch als Schadloshaltung für geliehenes Kapital in Rechnung gestellt werden. Alle späteren lehramtlichen Äus-

serungen der Päpste beruhen auf diesen grundsätzlichen Aussagen des Konzils.

Einfache Regel

Mit einer denkbar einfachen Regel legte das Konzil seine Wirtschaftsethik vor. Wäre sie beachtet worden, hätte es weder eine „Immobilienblase“ in den USA noch eine Euro-Krise gegeben, noch wäre ein Europäischer Währungsschutzmechanismus notwendig. Daß die Wirtschaftskatastrophen der westlichen Welt ausgerechnet von Christen mitverursacht wurde und wird, ist nicht nur bedauerlich, sondern zeigt auch die Notwendigkeit auf, dieses vor 500 Jahren begonnene Konzil in Erinnerung zu rufen.

Prozeß

Der Anwalt des im „Vatileaks“-Intriganten-Skandal angeklagten Papst-Kammerdieners **Paolo Gabriele** hat sein Mandat niedergelegt. Das vatikanische Presseamt bestätigte am 30. August auf Nachfrage den Rücktritt von **Carlo Fusco**, wollte die Angelegenheit jedoch nicht kommentieren.

Fusco hatte **Gabriele** seit Beginn des Ermittlungsverfahrens wegen durchgesickelter interner Vatikan-Dokumente verteidigt. Der 46-jährige frühere Kammerdiener ist Hauptverdächtiger in der Affäre. Er war am 23. Mai festgenommen worden und steht seit dem 21. Juni unter vatikanischem Hausarrest. Mitte August hatte der Vatikan die Anklageschrift gegen ihn veröffentlicht, um den 20. September könnte der Prozeß beginnen.

Bittere Lektion über staatliches Recht

Die Mitteilung war lakonisch knapp wie fast alle Presseerklärungen aus dem Vatikan. „Nach eingehenden Beratungen ist der Heilige Stuhl zur Entscheidung gelangt, eine Rücknahme des Antrags auf einstweilige Verfügung gegen den Titanic Verlag zu veranlassen. Zugleich werden weitere rechtliche Maßnahmen geprüft, um Angriffen auf die Würde

des Papstes und der katholischen Kirche wirksam zu begegnen.“

Zu finden war die Ankündigung am 30. August auf der offiziellen Internetseite der Deutschen Bischofskonferenz, am Tag vor dem geplanten Beginn des Prozesses des Heiligen Stuhls gegen das Satiremagazin wegen einer verunglimpfenden Darstellung des Papstes.

Wer beraten hat und aus

welchen Gründen die Rücknahme der Klage entschieden wurde, teilte weder die Bischofskonferenz noch der Heilige Stuhl mit. Doch hatten Insider schon länger darüber spekuliert, wie lange es wohl noch dauern würde, bis sich in Rom und in Bonn die Ansicht durchsetzt, daß es klüger wäre, nicht gegen das Satiremagazin zu klagen. Sehen die Bischöfe das ein?

Finanzkrise rettet historische Kirche

Die Finanzkrise und der Verfall der Immobilienpreise haben eine historische Kirche in Irland gerettet.

Laut einem Bericht der Tageszeitung „Irish Independent“ kaufte die konservative katholische Priestergemeinschaft Institutum Christi Regis Summi Sacerdotis (Institut Christus König und Hoherpriester) die ehemalige Jesuitenkirche Sacred Heart im westirischen Limerick für 700.000 Euro, ein Sechstel des ursprünglichen Marktpreises.

Vor sechs Jahren...

Ein Investor hatte 2006 noch vier Millionen Euro für das Gebäude bezahlt. Er wollte das 140 Jahre alte Gotteshaus in ein Fitnesscenter mit Bar umwandeln. Medien berichteten damals, die Pläne sähen den Bau ei-

nes Schwimmbads vor dem Altar im Mittelschiff vor. Nach dem Tod des Besitzers stand das Gebäude sechs Jahre lang leer.

... und heute

Die Priestergemeinschaft teilte mit, der Kauf sei durch „die Hilfe von Freunden aus Irland, den Vereinigten Staaten und Europa“ ermöglicht worden. Das Institut Christus König und Hoherpriester ist eine internationale katholische Priestergemeinschaft. Papst **Benedikt XVI.** verlieh ihr 2008 die Stellung einer Gesellschaft apostolischen Lebens päpstlichen Rechts.

Kommentar: Es sind bewegte Zeiten für die römisch-katholische Amtskirche. Bischöfe verkaufen ihre Kirchen statt Perspektiven zu entwickeln wie man diese mit Gläubigen füllen

könnte. Auch gibt es Priester, die aus fehlverstandener Solidarität und fehlender Gläubigkeit Moscheen befürworten und damit ihre Kirchengemeinden verunsichern. Auch die Pfarrer-Rebellen gegen Rom sind Störfaktoren.

So darf man sich nicht wundern, wenn immer mehr Gläubige sich Initiativen zuwenden, die sich der kirchlichen Tradition verpflichtet fühlen, die Alte Messe pflegen und den Texten des Zweiten Vatikanischen Konzils kritisch gegenüber stehen.

Neue Kirchen baut derzeit überwiegend eine sehr traditionsbewusste Bruderschaft, während andere ihre Kirchen verkaufen. Es ist abzusehen, wann ein traditionsbewusste Initiativen zu einem nicht zu übersehenden Faktor für den Vatikan werden. **Anton Padua**

KURZ & BÜNDIG

Der Vatikan hat der Päpstlichen Katholischen Universität von Peru das Recht aberkannt, die Bezeichnung „päpstlich“ und „katholisch“ zu führen. Das Staatssekretariat begründet seinen Schritt damit, die Universität folge in ihrer Tätigkeit Kriterien, die „nicht mit der Disziplin und Moral der Kirche vereinbar“ seien.

Die gerügten US-Frauenorden wollen ihr angespanntes Verhältnis zum Vatikan im Gespräch mit der Kirchenleitung klären. Allerdings sprach sich die Leitungskonferenz der katholischen Ordensfrauen (LCWR) dagegen aus, der Kritik aus Rom zu viel Gewicht zu geben.

Graböffnung

Im niederländischen Simpelveld ist am 29. August das Grab der Ordensgründerin **Clara Fey** (1815-1894) geöffnet worden; ihre Gebeine wurden im Beisein des Bischofs von Roermond, **Frans Wiertz**, und des Weihbischofs von Aachen, **Johannes Bündgens**, exhumiert. Hintergrund ist die Schließung des Klosters in Simpelveld. Die Gebeine der Nonne werden in die Gruft des Aachener Doms überführt. Hier sollen sie aufbewahrt werden, bis eine endgültige Ruhestätte gefunden ist.

Die große Schuld des Judas

Nicht die Zugehörigkeit zur Jerusalemer Partei der Zeloten war die große Schuld des Apostels **Judas**, sondern die Falschheit – indem **Judas** zwar von **JESUS** enttäuscht war, aber dennoch bei **IHM** blieb: Das sagte Papst **Benedikt XVI.** am 26. August in der Sommerresidenz Castel Gandolfo.

„**Judas** hätte eigentlich weggehen müssen, wäre er ehrlich gewesen. Er blieb nicht aus Glaube, nicht aus Liebe, sondern mit dem geheimen Plan, sich am Meister zu rächen. Warum? Weil sich **Judas** von **JESUS** verraten fühlte und beschloß, **IHN** seinerseits zu verraten. **Ju-**

das wollte einen siegreichen Messias, der eine Revolte gegen die Römer anführte. Die größte Schuld **Judas'** war die Falschheit, die ein Zeichen des Teufels ist“, sagte der Papst. In manchen Medien wurde dies auch als Anspielung auf die Vatileaks-Affäre verstanden.

Wahre Seelsorge

Der Präfekt der römischen Glaubenskongregation, Erzbischof **Gerhard Ludwig Müller**, hat die Unauflöslichkeit der Ehe betont. Lehrmächtig könne es keinen Zweifel geben am objektiven Widerspruch zwischen dem Eingehen

Klosterleben

Michelle Martin (52), Ex-Frau und Komplizin des belgischen Kinderschänders **Marc Dutroux**, kam auf Bewährung und unter Auflagen frei. Sie wohnt nach ihrer Haftentlassung im Klarissenkloster in Malonne bei Namur. Die Schwestern hatten ihre Bereitschaft zur Aufnahme von **Martin** erklärt: „Aus Nächstenliebe tun wir das“, sagten sie.

hen einer zivilen Zweitehe und dem Kommunionempfang, sagte **Müller**. Die Situation wiederverheirateter Geschiedener sei eine Frage der Seelsorge: „Man muß den einzelnen Menschen im Auge behalten.“

Bundesweite Diskussion um bischöflichen Amtssitz

Ende Juni 2013 soll er fertig sein: Der neue Dienst- und Wohnsitz des Limburger Bischofs Franz Peter Tebartz-van Elst.

Das Gebäudeensemble auf dem Domberg von Limburg sorgte bundesweit für Schlagzeilen. Kritiker monierten unter anderem die Kosten sowie Art und Umfang der Baumaßnahmen im Herzen des mittelalterlichen Stadtkerns. Der neue Amtssitz des Limburger katholischen Bischofs wird teurer

als geplant. Bischof **Franz-Peter Tebartz-van Elst** sagte selbst im Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA), eine „seriöse Auskunft“ über die zusätzlichen Kosten, die unter anderem die Stabilisierung von mittelalterlichem Mauerwerk und umfangreiche Auflagen des Denkmalschutzes verursacht hätten, könne erst nach Abschluß aller Arbeiten erfolgen. Das „Diözesane Zentrum St. Nikolaus“ entsteht auf einem rund 1.000 Quadratmeter großen Areal

auf dem Limburger Domberg, im Herzen des mittelalterlichen Stadtkerns. Die ursprünglichen Kosten waren auf 5,5 Millionen Euro veranschlagt worden. **Tebartz-van Elst** verteidigt das Projekt, das Anfang 2007 und damit vor seinem Amtsantritt durch das Limburger

Domkapitel beschlossen worden war. Es gehe nicht zu Lasten der Pfarreien des Bistums. Die Eröffnung des gesamten Komplexes ist für den 29. Juni 2013 geplant. Dem „13.“ scheint die Diskussion durch innerkirchliche Gegner des Bischofs ausgelöst zu sein.

Merkwürdige Feststellungen

Das Erzbistum Berlin werde sich das Fach „Religionsunterricht“ bald „finanziell nicht mehr leisten können“, erklärte der Berliner Erzbischof **Woelki**. „Und wir werden auch keine Lehrer mehr finden, weil die lieber die besser bezahlten und mit Beamtenstatus versehenen Posten in anderen Bundeslän-

dern annehmen.“ **Woelki** hob das „wohlwollende Miteinander“ mit dem (schwulen) Regierenden Bürgermeister **Klaus Wowereit** (SPD) hervor. Er nehme bei ihm und den Senatoren „eine große Offenheit und das Bestreben wahr, über unsere Interessen und Sorgen ehrlich mit uns zu sprechen“.

Bistum darf Bezüge der Priester kürzen

Das Bistum Rottenburg-Stuttgart darf einem mutmaßlich pädophilen Priester die Ruhestandsbezüge kürzen. Das Verwaltungsgericht Stuttgart wies den Eilantrag des katholischen Priesters zurück, der sich gegen die Reduzierung seiner Bezüge um 20 Prozent wendet (Az.: 12 K 1513/12).

Die 12. Kammer des Verwaltungsgerichts führte aus, das Dekret sei eine innerkirchliche Maßnahme und entziehe sich der Überprüfung durch staatliche Gerichte. Gegen den Beschluß legte der Priester Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg ein.

Extremisten als Straftäter

Extremisten haben im ersten Halbjahr in Deutschland rund 10.000 Straftaten verübt. Die Polizei registrierte bundesweit 9.868 Delikte, darunter 870 Gewalttaten, wie aus einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der

Linksfraktion im Bundestag hervorgeht. Dabei wurden 574 Menschen verletzt.

Insgesamt 4.825 Tatverdächtige konnte die Polizei ermitteln, davon wurden 215 festgenommen. In 31 Fällen erging Haftbefehl.

Der Nuntius kritisierte das Priesternetzwerk

Der Botschafter des Papstes in Deutschland hat die Position des konservativen „Netzwerks katholischer Priester“ bei der Bewältigung des Mißbrauchsskandals scharf kritisiert.

Das Netzwerk hatte sich (berechtigt) gegen die Auswertung personenbezogener Daten von Priestern für die Mißbrauchs-Studie der Deutschen Bischofskonferenz ausgesprochen. Die Datenerhebung setzte (auch nach Meinung des „13.“) die Mehrheit der Priester, Dia-

kone und Ordensleute „einem öffentlichen Generalverdacht im Hinblick auf sexuellen Mißbrauch“ aus.

Nuntius **Perisset** sagte dazu, diese Priester hätten nicht verstanden, worum es gehe. Ihnen fehle eine Vertrauenshaltung gegenüber den Bischöfen. „Es ist die Verantwortung der Bischöfe, die Vorwürfe aufzuklären. Sie müssen reagieren, erst recht wenn die Anklage in der Gesellschaft sehr scharf und möglicherweise in Teilen auch unverhältnismäßig

ist.“ – Die katholischen Bischöfe hatten vor einem Jahr zwei groß angelegte Forschungsprojekte zum sexuellen Mißbrauch ins Leben gerufen. Im Zentrum der ersten Untersuchung durch das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen unter Leitung von **Christian Pfeiffer** steht zum einen die umfassende Ermittlung des Umfangs von sexuellem Mißbrauch in der Vergangenheit. Dazu sollen unabhängige Juristen sämtliche Personalakten von Priestern,

Diakonen und männlichen Ordensleuten in den 27 deutschen Bistümern von 2000 bis 2010 auf entsprechende Taten sichten. In neun repräsentativen Bistümern sollen zudem auch die Akten seit 1945 untersucht werden.

Die Kritik des „13.“ richtet sich vor allem darauf, daß durch die bischöfliche Anordnung praktisch alle Priester unter Generalverdacht stehen, die Bischöfe selbst sich jedoch vornehm schützen. So dürfen Vorgesetzte nicht handeln.

Aus zwei von den Liberalen (FDP) geführten Bundesministerien, dem für Gesundheit und dem der Justiz, drohen neue Gefahren hinsichtlich einer weiteren Aushöhlung des Lebensschutzes in Deutschland.

1. Nachdem der Deutsche Bundestag bereits im Juli 2011 die Legalisierung der Präimplantationsdiagnostik (PID) beschlossen hatte, liegt jetzt der Entwurf einer Rechtsverordnung vom Bundesminister für Gesundheit vor, der von verschiedenen Seiten scharf kritisiert wird. Hauptpunkt der Kritik ist, daß eine wirksame Kontrolle der PID-Praxis durch den Gesetzgeber eher verhindert als ermöglicht und strikt eingehalten wird. Dies ist aber umso wichtiger geworden, weil inzwischen im Rahmen der PID ein neuer Bluttest eingeführt und genehmigt worden ist, der keinen medizinischen oder therapeutischen Zwecken dient, sondern einzig und allein der Selektion von Menschen mit Down-Syndrom. Damit wird der Boden für eine eu-

Weitere Gefahren für den Lebensschutz

KOMMENTAR VON
PROF. DR. WERNER MÜNCH*

genische Gesellschaft bereitet, in der Kindern auferlegt wird, zuerst einen Test zu bestehen, bevor sie auf die Welt kommen dürfen. Je weniger aufwändig die Untersuchungsmethoden sind, de-



Prof. Dr. Werner Münch kommentiert monatlich für den „13.“ die innenpolitische Entwicklung in Deutschland.

sto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß sie auch durchgeführt werden und ihr

Ergebnis berücksichtigt wird. Dagegen müssen wir Christen uns mit einem lauten Aufschrei wehren, weil für uns neben der Bejahung des Lebensrechtes für jeden Menschen die Ethik der Menschlichkeit und des Helfens ein Grundanliegen ist.

2. Die Bundesministerin der Justiz hat einen Gesetzesentwurf zur Regelung der aktiven Sterbehilfe vorgelegt, der ebenfalls von uns Christen so nicht akzeptiert werden kann. Er sieht nämlich vor, lediglich die „gewerbsmäßige“ Suizidhilfe unter Strafe zu stellen, was im Umkehrschluß bedeutet, daß jeder, ob Angehöriger, Arzt oder Pfleger, der einem anderen dabei hilft, sich das Leben zu nehmen, dies auch künftig so lange straffrei tun darf, wie er es nicht erwerbsmäßig betreibt. Hier hat eine Ministerin die Feder ge-

führt, die seit Jahren zu den führenden Mitgliedern der „Humanistischen Union“ in Deutschland gehört. Deshalb kommt sie auch nicht im Ansatz ihres Denkens auf die Idee, daß nur Gott der Herr über Leben und Tod ist und aus diesem Grund kein Mensch einem anderen beim Selbstmord behilflich sein darf. In ihren Vorstellungen ist die aktive Mithilfe beim Suizid nur dann verwerflich und unter Strafe zu stellen, wenn einer mit dieser Beihilfe Geld verdient.

Dieser Verleugnung Gottes als Schöpfer und dem daraus abgeleiteten verzerrten Menschenbild werden wir als Christen unseren entschiedenen Widerstand entgegensetzen.

*Prof. Dr. **Werner Münch** ist deutscher Hochschullehrer und ehemaliger CDU-Politiker und Berater. Er war von 1991 bis 1993 Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt. Anfang 2009 trat er aus der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) aus.

Münch setzt kräftige Zeichen

Fortsetzung von Seite 1

Werner Münch setzte Anfang der Neunzigerjahre als Ministerpräsident in Sachsen-Anhalt den Gottesbezug in der Landesverfassung durch. Dem gebürtigen Westfalen ist auch mit zu verdanken, daß der Dreikönigstag neben Baden-Württemberg und Bayern auch in Sachsen-Anhalt gesetzlicher Feiertag ist und christliche

Schulen in diesem Land errichtet wurden. Aufsehen erregte Münchs Austritt im Jahr 2009 aus der CDU, den der gläubige Katholik mit der Profillosigkeit seiner Partei in der Bundespolitik begründete, vor allem beim Schutz des Lebens und in der Familienpolitik.

Bündelung der Kräfte

Die „Partei Bibeltreuer Christen - PBC“ und die „AUF – Partei für Arbeit,

Umwelt und Familie“ verstehen sich als Parteien, in denen sich Christen aller Konfessionen jenseits des Links-Rechts-Schemas für eine Politik nach christlichen Wertmaßstäben einsetzen. Beide Parteien arbeiten auf einen Zusammenschluß hin. Die Veranstaltung in Berlin verstehen sie auch als Signal zur Bündelung christlicher Kräfte in der deutschen Politik.

Das Hotel Aquino, Hannoverstraße 5b, erreicht man mit der S-Bahn bis

Bahnhof Friedrichstraße sowie mit der U6 oder den Straßenbahnen M1, M6 und M12 bis Haltestelle Oranienburger Tor. Der Eintritt ist frei.

Rede in Aschaffenburg

Bei einer Kundgebung wird **Werner Münch** am Samstag, 15. September (um 14:30 Uhr) in Aschaffenburg sprechen. „Der 13.“ macht auf diese Veranstaltung besonders aufmerksam. Lesen Sie Seite 1 und Seite 14!

PERSONALIA

Florian Wörner (42), Augsburger Diözesanjugendseelsorger, ist am 28. Juli zum Weihbischof im Bistum Augsburg geweiht worden. Er ist jüngstes Mitglied der Deutschen Bischofskonferenz. Als Weihbischof folgt **Wörner** auf **Josef Grünwald** (75), der im Oktober 2011 emeritiert wurde.

Der Vatikan-Diplomat Prälat **Dr. Christoph Kühn** ist von Bischof **Gregor Maria Hanke** zum Domkapitular in Eichstätt ernannt worden. **Kühn** trat sein neues Amt mit 1. September an. Zuletzt war er Nuntiaterrat in Wien.

Seinen 85. Geburtstag feierte Pater **Lothar Groppe** am 30. Juli. Einen Tag später beging er sein Priesterjubiläum. Dieses Gedenken war für den Priester vermutlich wichtiger als der Geburtstag.

Johannes Seibel (48), wurde neuer Pressesprecher des Missionswerks missio.

Der Bischof von Mainz, Kardinal **Karl Lehmann**, erhält den „Theologischen Preis der Salzburger Hochschulwochen 2013“.

Der bisherige Hochmeister des Deutschen Ordens, **Bruno Platter**, bleibt für eine weitere – mittlerweile dritte – Amtsperiode an der Spitze seiner Ordensgemeinschaft. Dem Hochmeister als Generalassistentin zur Seite steht weiterhin **Sr. Maria Regina Zohner**. Für sie ist es die zweite Amtsperiode.

Entscheidung dürfte im nächsten Jahr kommen

Schwule Partnerschaften und Ehe

Das Bundesverfassungsgericht hat eine weitere und wichtige Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften mit der Ehe gefordert.

Die Karlsruher Richter bewerteten am 8. August eine Ungleichbehandlung in der

Grunderwerbsteuer als verfassungswidrig.

Die FDP und die Opposition sahen sich durch den Richterspruch in ihrer Forderung nach einer umfassenden Gleichstellung schwuler und lesbischer Lebenspartnerschaften auch beim Ehegatt-

tensplitting nunmehr bestätigt. Die Bundesregierung will nach Angaben ihres stellvertretenden Sprechers **Georg Streiter** vor einer Entscheidung abwarten, wie sich Karlsruhe – voraussichtlich im kommenden Jahr – zu dieser Frage äußert.

Klosterstadt mit EU-Geld

Eine mittelalterliche Klosterstadt soll in Meskirch (Kreis Sigmaringen) entstehen.

Geplant ist, in einem Waldgebiet am Rande Meßkirchs mit den Arbeitstechniken und Werkzeugen des Mittelalters ein Kloster mit angrenzenden Wirtschafts- und Wohngebäuden zu errichten. Orientierungsmaßstab ist der St. Galler Klosterplan, ein idealtypischer Entwurf einer aufwändigen Klosteranlage des neunten Jahrhunderts.

Zum Start sollen 30 Mittelalterhandwerker angestellt werden. Die Baustelle soll Besuchern offen stehen und zu einem lebendigen Museum werden. „Damit sich das Projekt selbst finanziert, streben wir pro Jahr 125.000 Besucher an“, sagte der Trägervereinsvorsitzende. Als Bauzeit sind 40 Jahre geplant. Zur Anschubfinanzierung für die ersten vier Jahre stellen Stadt, Kreis, Land und die EU rund eine Million Euro bereit.

Fest in Passau

Die Augustinerchorherren des niederösterreichischen Stiftes Herzogenburg haben am 18. August im Passauer Dom den Gründungstag des Stiftes vor 900 Jahren gefeiert. Eine Chorherren-Delegation mit Stiftspropst Prälat **Maximilian Fürnsinn** an der Spitze und rund 300 Gläubige aus Herzogenburg waren zu dem Festgottesdienst nach Passau gepilgert.

Was ist an der KU-Eichstätt los?

Ein Mißbrauchsprozeß gegen einen Studenten der Religionspädagogik brachte die Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt (KU) unter Druck.

In der Kritik stehen vor allem eine Dozentin und die Leitung der Fakultät für Religionspädagogik. Der Eichstätter Bischof **Gregor Maria Hanke** sprach von einem „ungeheuerlichen Vorfall“ und einem „massiven Verstoß“ gegen die Leitlinien der Deutschen Bischofskonferenz. Der 30jährige Student war vom Landgericht Würzburg wegen sexuellen Mißbrauchs eines minderjährigen Meßdieners zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Der ehemalige Mesner aus

dem Landkreis Kitzingen hatte die Taten zwischen 2004 und 2005 gestanden.

An der Gerichtsverhandlung nahm auch eine Dozentin der Katholischen Universität Eichstätt teil. Dabei wurde ein Schreiben von ihr mit dem Briefkopf der Hochschule verlesen. Darin bescheinigte sie dem Angeklagten, daß er auch im Falle einer Verurteilung mit einer Fortsetzung seines Studiums der Religionspädagogik rechnen könne.

Der Eichstätter Bistums-

sprecher **Martin Swientek** sagte, seit vergangenem Dezember sei für seine Diözese klar gewesen, daß ein Einsatz als Schulpraktikant oder in der Jugendarbeit für den 30jährigen nicht in Frage komme. Dies sei auch der Uni klargemacht worden.

Der Würzburger Generalvikar **Karl Hillenbrand** hat Unipräsident **Richard Schenk** in einem Brief zu einer Klärung aufgefordert. Die Dozentin habe sich „in einem Ausmaß für den Täter eingesetzt, das jede vernünftige Balance von Nähe und Distanz vermissen läßt“, schrieb er.

Bistum Münster erhielt gestohlenen Bischofsstab zurück

Manches bleibt rätselhaft

„Sakrales Kunstgut sichergestellt“, hieß es kurz in einer Mitteilung der Polizei in Wuppertal am 10. August.

Daß dahinter mehr steckte, war schnell klar: Der 2009 gestohlene Bischofsstab des früheren Münsteraner Kardinals **Clemens August** Graf von Galen war wieder da. Ebenfalls wieder aufgetaucht ist ein aus der Familie von Galen stammendes Altarkreuz, das dem Benediktinerinnen-Kloster Dinklage gehört.

Medien-Interesse

Der Andrang von Fernsehen, Hörfunk und Presse war deshalb bei der Übergabe der beiden Gegenstände in Wuppertal riesig. Kameras nehmen jedes Detail der beiden Gegenstände in den Fokus. Staatsanwaltschaft, Polizei

und natürlich die Vertreter des Bistums Münster müssen unzählige Fragen beantworten. Vieles bleibt dennoch rätselhaft an diesem Fall.

Stab und Kreuz waren im Juni 2009 von Dieben aus der Basilika in Essen-Werden gestohlen worden. Beide Gegenstände waren Teil einer Ausstellung über den als „Löwen von Münster“ bekanntgewordenen Kardinal von Galen (1878-1946). Eine Ermittlergruppe der Polizei Wuppertal nahm die Spur der Diebesbande auf, die vermutlich mehrere ähnliche Delikte in jener Zeit begangen hatte. Die Täter konnten relativ schnell ermittelt werden. Sie wurden inzwischen zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt, schwiegen aber zum Verbleib des Diebesgutes. Von Bischofsstab und Kreuz fehlte lange fast jede

Spur. Jetzt hat der Haupttäter die Rückgabe „veranlaßt“, wie Staatsanwältin **Liane Brosch** es ausdrückt. Leicht beschädigt seien beide Teile „in einer Rechtsanwaltskanzlei abgegeben worden“. Und sie fügt hinzu: „In Deutschland“. Mehr ist dazu an diesem Tag kaum zu erfahren. Es wird lediglich gesagt, daß die Diebe oder Mittelsmänner anscheinend versucht haben, das Diebesgut in Polen in bare Münze umzusetzen. 50.000 Euro sei ihr Preis gewesen, heißt es.

Gut verwahrt

Der Chefkonservator der Diözese und Direktor der Domschatzkammer, **Udo Grote** ist überzeugt: beide Stücke lassen sich vollkommen restaurieren. Am Stab haben die Diebe beispiels-

weise mit Königswasser untersucht, ob er aus purem Gold ist. Er ist aus Silber gefertigt und vergoldet. Das abgeätzte Gold läßt sich jedoch wieder auftragen. Der Stab soll bald wieder in der Domschatzkammer in Münster ausgestellt werden, das Kreuz geht zurück ins Kloster. Für die Sicherheit beider Stücke ist jetzt gesorgt.

Kritik an Gericht

Zu einem möglichen Recht auf Sterbehilfe in Deutschland hat der Europäische Menschenrechtsgerichtshof wider Erwarten kein Grundsatzzurteil gefällt. Die Straßburger Richter äußerten formale Kritik an deutschen Gerichten; diese hätten den Fall nicht ausreichend geprüft. Konkret ging es um einen Mann aus Braunschweig, der bei deutschen Behörden vergeblich um Erlaubnis für Beihilfe zum Suizid seiner querschnittsgelähmten Frau nachgesucht hatte.

Mehr Geld für Flüchtlinge

Asylbewerber erhalten künftig mehr Geld. Das für sie geltende Gesetz ist verfassungswidrig. Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts entschied am 18. Juli in Karlsruhe, es müsse unverzüglich eine Neuregelung zur Sicherung eines

menschenwürdigen Existenzminimums geschaffen werden. Bis zu dieser Neuregelung ordnete das Gericht eine rückwirkend ab 1. Januar geltende Übergangsregelung an. Es ließ offen, ob Asylbewerber auch Sachleistungen erhalten könnten.

Union verliert katholische Wähler

Die konservativen Kirchenmitglieder, die automatisch die Union gewählt haben, werden nach Ansicht des Parteienforschers **Franz Walter** in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren aussterben. In der aktuellen Ausgabe des evangelischen Monatsmagazins „zeitzeichen“,

verwies der Göttinger Wissenschaftler auf den schon jetzt abnehmenden Trend hin. Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg 2011 und Nordrhein-Westfalen 2012 hätte die CDU im katholischen Wahlvolk überproportionale Einbußen zu verzeichnen gehabt.

61% Christen

Rund 61 Prozent der deutschen Bevölkerung sind Christen. Nach einer Broschüre „Zahlen und Fakten zum kirchlichen Leben“ der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gehörten bei der Erhebung von 2009 rund 23,9 Millionen Bundesbürger der evangelischen und 24,65 Millionen der katholischen Kirche an.

Hinweis: Die Broschüre „Evangelische Kirche in Deutschland - Zahlen und Fakten zum kirchlichen Leben“ kann im Kirchenamt der EKD bestellt oder abgerufen werden unter http://www.ekd.de/download/broschuere_2012.pdf.

PERSONALIA

Der altersbedingte Rücktritt des Münchener Weihbischofs **Engelbert Siebler** wurde angenommen. Er hatte am 29. Mai seinen 75. Geburtstag gefeiert.

Michel Hrynchyshyn (83) ukrainisch-katholischer Bischof und früherer Administrator seiner Gemeinde in Deutschland, ist in den Ruhestand getreten.

Porno im katholischen „Internetshop“

Das Pornobuch „Shades of Grey“ wird im katholischen Weltbildverlag verkauft: Der Sadomaso-Bestseller wird im „Internetshop“ geführt.

Der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der katholischen Verlagsgruppe Weltbild, **Michael Fuchs**, hat das Vorgehen im Falle des „Sadomaso“-Bestsellers „Shades of Grey - Geheimes Verlangen“ verteidigt. Der Verlag wolle eine „kritische Auseinandersetzung“ mit dem (Gewalt-Sex-)Roman der britischen Autorin **E. L. James**, sagte **Fuchs**.

In den Filialen liegt das Werk nicht aus, im Katalog kommt es ebenfalls nicht vor, unterstrich der Regensburger Prälat. Die weiteren Bände könnten nicht vorbestellt werden.

Weltbild sei kein Bücherregal, „das ich an einem Nachmittag mal schnell neu sortiere, sondern ein komplexer Handlungskonzern mit einem breiten Filial-Netz“,

sagte der Aufsichtsrats-Vize. Dazu komme ein riesiger Internet-Shop mit täglich 50.000 Datensatz-Änderungen und verschiedenen Print-Katalogen sowie Beteiligungen und vertragliche Bindungen. Das inhaltliche Gesamtkonzept müsse jedoch weiter gefördert werden.

In letzter Zeit seien in dem Unternehmen intensiv weitere Möglichkeiten erörtert und

genutzt worden, christliche Literatur zu fördern, betonte **Fuchs**.

Weltbild gehört zwölf deutschen Bistümern, dem Verband der Diözesen Deutschlands und der Katholischen Soldatenseelsorge Berlin. Die Eigentümer haben jüngst beschlossen, ihre Anteile in eine kirchliche Stiftung öffentlichen Rechts zu überführen. Damit wurde ein Verkaufsbeschluß zu-

rückgenommen, der unter dem Eindruck öffentlicher Debatten („Der 13.“ berichtete ausführlich) über erotische und esoterische Medien im Weltbild-Sortiment vor gut einem halben Jahr gefällt worden war.

Kommentar: *Der kirchliche Milliardenverlag hat die Geschäftsprinzipien nicht geändert. Er wurde in seinen Aussagen nur klüger, angepaßter, zeitgeistiger.*

Die Investitionen des Weltbild-Verlags

Die Verlagsgruppe Weltbild erzielt mittlerweile 40 Prozent ihres Umsatzes über das Internet. Das hat der Vorsitzende der Weltbild-Geschäftsführung, **Carel Halff** bekanntgegeben. Gesamtumsatz: 1,59 Milliarden Euro. Zum Gewinn werden traditionell keine Angaben gemacht.

Das Unternehmen begründete einen leichten Umsatzrückgang mit geziel-

ten Investitionen in die digitale Vermarktung und im eBook-Geschäft sowie in den Filialumbau.

Schon heute erwirtschaftete Weltbild deutlich mehr als zehn Prozent des Online-Buchumsatzes über eBooks. Für Oktober 2012 plant das Medienunternehmen ein neues Lesegerät. Das aktuelle wurde im vergangenen Geschäftsjahr in hoher sechsstelliger Anzahl gekauft.

Wachstum verkündete die Verlagsgruppe bei den Angestellten. Sie beschäftigt nach eigenen Angaben 6.800 Mitarbeiter, davon 2.300 in Augsburg und 3.500 in den Filialen. 450 neue Stellen seien am Firmenstandort in Schwaben vor allem in den Bereichen eBook, Informationstechnologie, Logistik und Organisationsentwicklung geschaffen worden.

Geizige Väter?

Trotz sinkender Geburtenanzahl steigen in Deutschland die Kosten für Unterhaltszahlungen.

Bund und Länder zahlten im vergangenen Jahr rund 80 Millionen Euro mehr als Unterhaltsvorschuß als 2007. Der Staat kommt für den Unterhalt auf, wenn ein Elternteil nicht oder nicht genug für ein Kind zahlt. 2007 waren 496.400 Kinder anspruchsberechtigt, 2011 rund 492.000. Von dem vorgestreckten Geld erhielten Bund, Länder und Kommunen 20 Prozent zurück.

Urnen im Dom

Im Hamburger katholischen St.-Marien-Dom ist am 15. August die erste Urnengrabstätte in einer deutschen Kathedrale eröffnet worden.

Mit dem Kolumbarium für 1.560 Grabstellen in der

Krypta des Doms reagierte das Domkapitel darauf, daß in Hamburg (ähnlich wie in anderen Großstädten) 70 Prozent der Verstorbenen eine Feuerbestattung erfahren, sagte Erzbischof **Werner Thissen**.

Wieder weniger Babies

Die Einwohneranzahl in Deutschland ist erstmals seit neun Jahren wieder gestiegen – allerdings nur leicht. Mehr als 81,8 Millionen Menschen lebten Ende vergangenen Jahres in der Bun-

desrepublik, das waren etwa 92.000 mehr als ein Jahr zuvor. Die Geburten trugen nicht zum Zuwachs bei: Die Anzahl der Neugeborenen sank binnen eines Jahres um etwa 15.000 auf 663.000.

Sargpflicht?

Die Verbraucherinitiative Aeternitas fordert, die generelle Sargpflicht in Deutschland zu überdenken. Argumente für die Sargpflicht wie etwa Tradition, Menschenwürde oder Hygiene hielten einer kritischen Prüfung nicht Stand, erklärte die mit dem Bestattungswesen befaßte Organisation am 16. August in Königswinter. Vor allem Muslime fordern eine Beisetzung im Leichentuch.

Lampert-Gedenkstätte

Für den seliggesprochenen Märtyrerpriester **Carl Lampert** (1894 - 1944) entsteht in Dornbirn ein neuer Gedenkort. Gedenkstätte und Kapelle sollen noch im Spätherbst fertiggestellt werden. Unmittelbar vor dem ersten Jahrestag der Seligsprechung **Lamperts** am 13. November sollen sie gemeinsam am 11. November eingeweiht werden.

Carl Lampert ist der ranghöchste Priester Österreichs, der von den Nationalsozialisten ermordet wurde. Der aus Göfis in Vorarlberg stam-

mende Innsbrucker Provikar setzte sich mutig gegen kirchenfeindliche Handlungen von NS-Gauleiter **Franz Hofer** zur Wehr.

1941 wurde er zuerst einmal nach Stettin verbannt, wo ihn ein Gestapo-Spitzel in eine angebliche Spionage-Affäre verwickelte. Am 13. November 1944 wurde der Provikar in Halle an der Saale enthauptet. Genau 67 Jahre nach seiner Hinrichtung durch die Nationalsozialisten wurde Lampert am 13. November 2011 in Dornbirn seliggesprochen.

Edith Stein als Banner

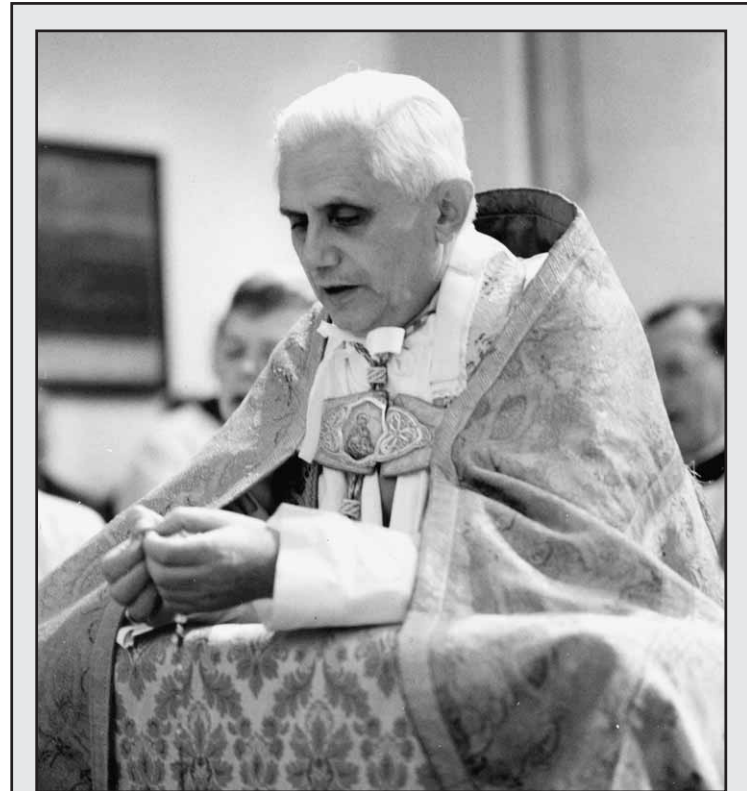
Am 9. August 1942, also vor 70 Jahren, wurde **Edith Stein** im KZ Auschwitz von den Nazis ermordet.

Es war Papst **Johannes Paul II.**, der das Andenken an **Edith Stein** zu neuem Leben erweckte. 1987, während seines zweiten Deutschlandbesuchs, sprach er die Ordensfrau selig, 1998 schließlich heilig. Ein Jahr später ernannte er sie gemeinsam mit **Katharina von Siena** und **Birgitta von Schweden** zur Mitpatronin Europas – und stellte sie damit an die Seite der Heiligen **Benedikt, Kyrill** und **Method**. Mit **Edith Stein** solle

„auf dem Horizont des alten Kontinents ein Banner gegenseitiger Achtung, Toleranz und Gastfreundschaft aufgezogen werden“, begründete der polnische Papst die Ernennung.

Kommender Hildegard-Herbst

Wer war **Hildegard von Bingen** eigentlich? Sucht man bei google nach einer Antwort, findet man rund eine halbe Million Einträge. Am bekanntesten ist sie heute durch ihre Heilkunde, aber auch ihre Rolle als starke Frau, als Mahnerin in Kirche und Gesellschaft beein-



Gebetsmeinung für Oktober 2012

1. Allgemeine Gebetsmeinung: Für die Entwicklung und den Fortschritt der Neuevangelisierung in Ländern mit antiker christlicher Tradition.
2. Missionsgebetsmeinung: Daß die Feier des Weltmissionssonntags der Evangelisierung neue Impulse schenkt.

Enkel des Inka-Königs soll seliggesprochen werden

Bolivians Bischofskonferenz will den Nachfahren der Inka-Könige **Francisco Tito Yupanqui (1550-1616) seligsprechen lassen. Er könnte der erste indigene Heilige des Andenstaates werden.**

Yupanqui war ein Enkel

von **Huayna Capac**, dem elften König der Inka, und Sohn von **Cristobal Vaca Tupac Inca**, einem Halbbruder von **Atahualpa**, dem letzten Herrscher des Inkareiches. In der Volksfrömmigkeit wird **Yupanqui** als Schöpfer der holzgeschnitz-

ten Jungfrau von Copacabana (Virgen de Copacabana) verehrt, auch „Dunkle Jungfrau“ genannt. Das Bild der Schutzheiligen des Titicaca-Sees gilt als populärstes christliches Kunstwerk Boliviens.

Der Legende nach führte

GOTT persönlich dem ehremäßigen Künstler **Yupanqui** die Hand bei dem Schnitzwerk. Nach der Ankunft der Skulptur in Copacabana habe sich das zunächst hässliche Bild der Jungfrau in ein wunderbares Antlitz verwandelt.

Felizitas Küble recherchierte Mobbing gegen Priester

Die Journalistin **Felizitas Küble** befaßte sich mit dem „Kaltstellen“ vieler (meist konservativer) Priester durch bischöfliche Behörden.

Dabei gibt es nach den Recherchen **Kübles** große Unterschiede zwischen den verschiedenen Bistümern in Deutschland.

Interessantes Ergebnis

Nach ihren jahrelangen Erfahrungen (auch aus der internen Kenntnis vieler Vorgänge) sind folgende bischöfliche Ordinariate durch häufiges Priestermobbing aufgefallen: Berlin – Münster – Fulda – Köln – und ganz besonders auch Würzburg.

Manche Katholiken, schreibt die Journalistin, würden sich bei „Köln“ wundern, aber es sei leider so: „Wir kennen mehrere enttäuschte Priester aus diesem Bistum, teils seit Jahrzehnten“. Und sie sagt weiter: „Kardinal **Meisner**, der Erzbischof von Köln, meldet sich zwar manchmal zeitgeistkritisch zu Wort, doch während der Anti-Priester-Hysterie hat er monatelang geschwiegen und sich danach sogar merkwürdig ge-

äußert.“ Die Medien seien im allgemeinen „fair“ gegenüber der Kirche gewesen, sagte er, wovon in Wirklichkeit keine Rede sein kann.

Relativ priesterfreundlich verhält sich (nach **Küble**) erstaunlicherweise das Ordinariat Mainz, was man von einer Lehmann-Behörde kaum erwarten würde. Aber Kardinal **Lehmann** sei immerhin auch insofern „liberal“, als er die konservativen Priester in seinem Bistum gewähren lasse. Das müsse man ihm (bei aller sonstigen Kritik) zugutehalten.

Auch der Bamberger Bi-

schof – gewiß nicht immer der Konservativsten einer – behandelt „seine“ Priester ausgesprochen freundlich; er ruft sie zum Beispiel alljährlich zum Geburtstag an. Frau **Küble** weiß von Pfarrern, die darob so erstaunt waren, daß sie zunächst an den Gag eines Unbekannten glaubten...

Mit Abstand am besten im Umgang mit der Priesterschaft ist aber das Bistum Regensburg: Erzbischof **Müller** (jetzt Chef der Glaubenskongregation) ehrte und würdigte seine Priester, wo er nur konnte. Er zelebrierte mit alten Jahrgangs-Priestern

feierliche Gottesdienste im Dom. Er hat sich während der Mißbrauchs-Hysterie in den Medien vor zwei Jahren als einziger Oberhirte in ganz Deutschland voll hinter seine Geistlichen gestellt und diese vor jedem Pauschalverdacht energisch in Schutz genommen. Das brachte ihm, erinnert **Felizitas Küble**, scharfe Attacken von linker Seite ein, doch er setzte noch „einen drauf“ und veröffentlichte damals, als die Wogen ganz hoch hergingen, sogar einen Hirtenbrief, der sich allein mit diesem Thema befaßte.

Vergebungsbite eines Erzbischofs

Erzbischof Ludwig Schick hat die früheren Urteile gegen Hexen im Hochstift Bamberg für „null und nichtig“ erklärt.

„Die Prozesse, die geführt wurden, sind nach unserem heutigen Rechtsverständnis Unrecht“, sagte **Schick** am 27. August. Er verwies darauf, daß die Erzdiözese bereits am 11. März 2007 um Vergebung für den „Hexenwahn im Hochstift Bamberg“ gebeten habe.

Mit seiner Äußerung reagierte der Erzbischof auf Forderungen, die Kirche solle sich für die Hexenverfolgung entschuldigen. Seit Wochen wird in Bamberg über dieses Thema kontrovers diskutiert. Der Kultursenat des Stadtrates hatte Mitte Juli beschlossen, unter dem Titel „Das Phänomen der Hexenprozesse im Hochstift Bamberg. Eine vorläufige Bilanz“ vom 8. bis 21. Oktober wissenschaftliche Vorträge, Lesungen und Führungen zu

veranstalten: also Druck.

Im Hochstift Bamberg hat es Forschungen zufolge drei Verfolgungswellen im 17. Jahrhundert gegeben. In den Jahren 1612/1613 gab es 15 Opfer, von 1616 bis 1619 waren es 159. Die meisten Opfer waren mit 642 von 1626 bis 1630 zu beklagen. Das Hochstift war der weltliche Herrschaftsbereich des Bischofs von Bamberg und nicht deckungsgleich mit dem Bistum.

„Der 13.“ weist seine Leser noch einmal auf den großen **Kongreß des Forums deutscher Katholiken von 14. bis 16. September in Aschaffenburg** hin. Katholiken haben dort die Möglichkeit, Bischöfe, Spitzenpolitiker und engagierte Glaubensfreunde drei Tage lang zu treffen und kennenzulernen. **Hubert Gindert**, der Initiator der mittlerweile im gesamten deutschsprachigen Raum bekannten und anerkannten Veranstaltung sah schon vor mehr als zehn Jahren die große Chance nicht in der Fortsetzung von Strukturdebatten, sondern in persönlicher Umkehr, in geistlicher Erneuerung und (letzten Endes) im Vertrauen gegenüber dem Heiligen Vater.

Wie geht es Priestern heute?

Als erstes Bistum in Deutschland führt das Erzbistum Paderborn eine Befragung zur Lebens- und Arbeitssituation von Geistlichen durch. Mit der Studie solle erhoben werden, wie es Priestern „in Zeiten des allgegenwärtigen Wandels in der Seelsorge ergeht“, teilte die Erzdiözese in Paderborn mit. Die von Psychologen,

Medizinern und Theologen entwickelte Befragung solle in möglichst allen Bistümern stattfinden. Das Erzbistum Paderborn hat die Pilotstudie übernommen. Geleitet wird sie vom Professor für Pastoralpsychologie und Pastoralsoziologie an der Theologischen Fakultät der Universität Paderborn, **Christoph Jacobs**.

Bundesverfassungsgericht befaßt sich mit Kirchnaustritt

Deutsche Bischöfe ignorieren die Weltkirche

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig wird sich am 26. September mit der Möglichkeit eines teilweisen Austritts aus der katholischen Kirche befassen.

Der emeritierte Freiburger Kirchenrechtler **Hartmut Zapp** hatte 2007 seinen Austritt aus der katholischen Kirche „als Körperschaft öffentlichen Rechts“ erklärt und keine Kirchensteuern mehr gezahlt. Gleichzeitig betonte er jedoch, er verstehe sich weiterhin als gläubiges Mitglied der Kirche. Dies will die katholische Kirche nicht akzeptieren.

Im Hintergrund des seit 2007 anhängigen Rechtsstreits steht **Zapps** Kritik an der Verwaltungspraxis von Kirchensteuererhebung und Kirchnaustritt in Deutschland. Er argumentiert, die deutschen Bischöfe ignorierten weltkirchliche Regelungen. Der Vatikan habe 2006 klargestellt, daß ein vor staatlicher Stelle erklärter Austritt nicht für eine Exkommuni-

kation, also die Aberkennung aller kirchlichen Rechte, ausreiche. Dies sehen die deutschen Bischöfe anders. Mittlerweile gibt es bundesweit mindestens zwei weitere Streitfälle um einen teilweisen Kirchnaustritt. **Zapp** hatte mit seiner Klage in erster Instanz Recht erhalten. Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg entschied dann aber im Sinn der Bischöfe und stellte im Mai 2010 fest, daß ein teilweiser Kirchnaustritt unzulässig

sei: Eine Austrittserklärung könne nicht auf den staatlichen Rechtskreis beschränkt werden. Ob es eine Kirchenmitgliedschaft ohne Kirchensteuerpflicht geben könne, sei „allein eine innerkirchliche Angelegenheit“, die aufgrund des Kirchenrechts entschieden werden müsse, betonten die Richter. Wegen Nichtzulassung der Revision klagte **Zapp** daraufhin vor dem Bundesverwaltungsgericht, das ihm im Jahr 2011 Recht gab.

Scientologie eine Gefahr?

Ein besonderes Kapitel widmet der deutsche Verfassungsschutzbericht erneut der „Scientology-Organisation“ (SO). Derzeit gehören bis zu 5.000 Personen zur Scientology-Organisation. Sie strebt eine Gesellschaftsordnung an, in der „wesentliche Grund- und Menschenrechte eingeschränkt oder ganz außer

Kraft gesetzt werden sollen“. Die Organisation versuche weiter durch eine Kampagne ihre deutschen Niederlassungen zu vergrößern und verstärkt politisch zu wirken. Neben Berlin und Hamburg liegen die regionalen Schwerpunkte in Baden-Württemberg und Bayern. Das sagte Innenminister **H. P. Friedrich**.

Trittbrettfahrer in Köln

Die drei Frauen, die in der Moskauer Erlöserkathedrale gegen **Putin** demonstriert hatten, fanden Nachahmetäter in Köln. Die drei Russinnen hatten eindeutig gegen das Gesetz verstoßen, das Religionsstörung verbietet. Sie beriefen gegen das Urteil der ersten Instanz. Das Endurteil steht daher noch nicht fest – aber sicher ist, daß die drei Frauen einer Musikgruppe angehören, die (aus Sicht des „13.“) linkspolitischen Aktionismus vertritt. Die Gruppe benennt sich (übersetzt) revolutionär nach der Bezeichnung des weiblichen Geschlechts. In Moskau erhielten die Punk-Rockerinnen in erster Instanz zwei Jahre Lagerhaft wegen ihrer Religionsstörung. Westliche Medien kritisierten die Höhe und Härte der Strafe.

Richtung Altar vor. Sie unterbrachen die von Weihbischof **Heiner Koch** gehaltene Messe mit demonstrierenden Gesten und lauten Schreien und Polit-Parolen.

So wie in Rußland gibt es auch in Deutschland Gesetze gegen Religionsstörung. Die Polizei zeigte die Randalierer wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Hausfriedensbruch und Störung der Religionsausübung an. Man wird sehen, wie die Urteile in Deutschland und die Reaktionen der Medien ausfallen.

Islamistischer Terrorismus bleibt weiter Hauptgefahr

Vom islamistischen Terrorismus und Extremismus geht nach Einschätzung von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) noch immer die Hauptgefahr für die innere Sicherheit in Deutschland aus.

Der Verfassungsschutzbericht verzeichnet einen starken Zulauf zu radikalen Islamisten. Dabei gehört die überwiegende Mehrheit des „islamistischen Personenpo-

tenzials“ sogenannten legalistischen Vereinigungen an. Sie versuchen gewaltfrei ein schariakonformes Leben in Deutschland zu etablieren. Die größte dieser Gruppen ist laut Verfassungsschutz die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs“ (IGMG).

Derzeit „dynamischste islamistische Bewegung“ ist der Salafismus. Er übt auf junge Muslime eine besondere Anziehungskraft aus und fördert ihre Radikalisierung.

Am Sonntagmorgen, 19. August, kamen deutsche Nachahmungstäter in den Kölner Dom. Zwei Männer und eine Frau drangen maskiert und bunt kostümiert in

Sklavinnen

Am 23. August war der Internationale Tag zur Abschaffung der Sklaverei. Die Frauenhilfsorganisation der deutschen Ordensfrau **Lea Ackermann** sagte aus diesem Anlaß, der Politik fehle der Wille zur Bekämpfung der Zwangsprostitution. Markt und Nachfrage wurden durch die Legalisierung der Prostitution vor zehn Jahren enorm gesteigert.



NIE WIEDER !

NACHRICHTEN EUROPÄISCHER BÜRGERINITIATIVEN

Ausgabe 9 / 2012

Verantwortlich für diese Beilage des „13.“: Günter Annen

Cestarostraße 2, D-69469 Weinheim

Tel. und Fax: 0049 (0) 6201-2909929/28

E-Mail: info@babycaust.de

Keine Grenzen für „Ärzte ohne Grenzen“?

Wer kennt sie nicht, die Vereinigung „Ärzte ohne Grenzen“. Weltweit versuchen sie, „allen Opfern Hilfe zu gewähren, ungeachtet ihrer ethnischen Herkunft oder politischen und religiösen Überzeugungen“, so ist auf ihrer Internetseite zu lesen.

Nicht selten gehen die engagierten Ärzte und Mitarbeiter auch in Konflikt- oder gar Kriegsgebiete, um unter Einsatz ihres eigenen Lebens anderen Menschen zu helfen. In der Tat lobens- und anerkennenswert. Deshalb erfährt diese internationale Organisation auch großzügige Unterstützung nicht nur in unserem Land, sondern es fließen auch Spendengelder zur finanziellen Bewältigung ihrer Arbeit.

Allerdings nach Anfrage einer deutschen Lebensrechtsorganisation geraten

nun die „Ärzte ohne Grenzen“ in arge Bedrängnis und müssen um ihre Glaubwürdigkeit fürchten. Geschäftsführer dieser in Berlin ansässigen Organisation, **Frank Dörner**, teilte mit, daß die Abtreibung, die Ermordung ungeborener Kinder, ebenso „eine ihrer Leistungen“ sei.

Angesichts der Tatsache, daß von deutschem Boden aus und durch deutsche Ärzte ausgeführt, der Tod wieder ein „Meister aus Deutschland“ ist, daß die Ermordung von ungeborenen Menschen als „Dienstlei-

stung“ für die internationale Weltgemeinschaft durchgeführt wird, muß die Frage erlaubt sein, was „wir Deutsche“ aus unserer eigenen Geschichte gelernt haben.

Anscheinend haben die Erinnerungen an die Verbrechen der Nationalsozialisten keinen positiven Einfluß mehr auf den Lebensschutz und das Lebensrecht eines jeden Menschen.

Aufforderung

Mit Argumenten wie „Gesundheit der Frauen“ und „Müttersterblichkeit“ rechtfertigen die „Ärzte ohne Grenzen“ ihre Arbeit, die selbst beim Töten eines Menschen keine Grenzen

kennt. Dort, wo der Schutz des ungeborenen Lebens nicht nur mit Füßen getreten, sondern die Ermordung auch noch gerechtfertigt wird, erfährt die Glaubwürdigkeit der „Ärzte ohne Grenzen“ ihre Grenzen!

Wir fordern die „Ärzte ohne Grenzen“ auf, die Tötung ungeborener Kinder sofort zu beenden, aus ihrem „Dienstleistungsprogramm“ zu streichen und sich uneingeschränkt für alle Menschen einzusetzen, nicht nur „ungeachtet ihrer ethnischen Herkunft oder politischen und religiösen Überzeugungen“, sondern auch ungeachtet ihres vor- oder nachgeburtlichen Alters.

Günter Annen

Neuer vorgeburtlicher Praena-Test ist Eugenik

In der Wiener Gratiszeitung „Heute“ bezeichnete der Wiener Erzbischof **Christoph Kardinal Schönborn** den neuen, sehr umstrittenen „Down-Syndrom“-Bluttest als **Eugenik**.

Das sind deutliche Worte des Wiener Kardinals über den von der Firma LifeCodexx aus Konstanz entwickelten Praena-“Blut“-Test: „Hier wird Selektion betrieben. Eugenik“, stellt der Kardinal zutreffend fest und fragt weiter: „Wird das

schlimme Wort vom ‘lebensunwerten Leben’ wieder Wirklichkeit? Ist das noch eine menschliche Gesellschaft, in der nur mehr topfitte, supergesunde, leistungsstarke Menschen erwünscht sind?“

Vielleicht letzte Chance

Seit Montag, 20. August 2012, ist nach einer Meldung der Firma „LifeCodexx“ der neue Bluttest in 70 Praxen und Kliniken in Deutschland, Österreich, Liechtenstein

und der Schweiz verfügbar.

Die „Christlich-Soziale Arbeitsgemeinschaft Österreichs“ (CSA) ist über die klare Aussage des Wiener Kardinal-Erzbischofs erfreut und fordert zu weiteren Klarstellungen auf.

Dies ist vielleicht die letzte Chance, um den Weg in eine europäische Katastrophe zu verlassen. Wenn Kardinal **Schönborn**, seine Mitbrüder und die gesamte katholische Kirche jetzt nicht endlich mit allen demokratischen Mitteln gegen diese

nazi-ähnlichen Zustände vorgehen, könnte das „Vier-te Reich“ vielleicht noch verhängnisvoller sein als das vergangene Dritte Reich.

Deshalb gilt: Wehret den Anfängen! Für ein eindeutiges „Ja“ ohne jedes „Nein“ zum Lebensrecht aller Menschen!

G.A.

Anm.d.Red.: Lesen Sie bitte dazu den Kommentar des Monats von Professor Dr. **Werner Münch** auf Seite 9 und den Leserbrief von **Günter Annen** auf Seite 31 dieser Ausgabe!

Bischöfe uneins über „partiellen Kirchnaustritt“

Blick auf das Schweizer System

In der Schweizer Bischofskonferenz gibt es eine Meinungsverschiedenheit zur Möglichkeit eines „partiellen Kirchnaustritts“.

Hintergrund ist die Besonderheit des Schweizer Systems einer „doppelten Mitgliedschaft“ als Katholik – einerseits in einer überkantonalen Diözese, andererseits in einer kantonalen staatskirchenrechtlichen Struktur (Kirchgemeinde oder Landeskirche). Im Juli hatte das Bundesgerichts in Bern ein Urteil gesprochen, in dem die Möglichkeit des

„partiellen Kirchnaustritts“ bestätigt wurde. Die Diözese Chur wich in der Folge vom Mainstream in der Schweizer katholischen Kirche ab und schuf die Möglichkeit eines „partiellen Kirchnaustritts“. Laut Diözese Chur können demnach Schweizer Mitglied der katholischen Kirche bleiben, auch wenn sie aus der Kirchgemeinde/Landeskirche austreten und dann auch keine Kirchensteuer mehr zahlen.

Der Bischof von St. Gallen, **Markus Büchel**, lehnt hingegen einen „partiellen Kirchnaustritt“ ab. Für Bischof

und Diözesanleitung sei klar, daß sich das aktuelle System mit Bistum und staatskirchenrechtlichen Organen am besten bewährt, teilte die Diözese mit.

Einsiedeln

Das Kloster Einsiedeln hat mit der Oberallmeindkorporation (OAK) Schwyz eine Absichtserklärung unterzeichnet, worin sie eine Zusammenarbeit in der Bewirtschaftung des Klosterwaldes beabsichtigen. Die Zusammenarbeit soll am 1. Januar beginnen.

Noch diesen Herbst soll geklärt werden, wie es mit dem Priesterseminar St. Beat in Luzern weitergeht. Derzeit beherbergt das Haus mit seinen 80

Was wird aus dem Seminar?

Zimmern nur noch drei Priesteramtskandidaten. Die anderen Bewohner sind andere Studierende. Den Richtungsentscheid fällen muß der Basler Bischof **Felix Gmür**, der einst selber Priesteramtskandidat in St. Beat war.

Der Betrieb des Seminars St. Beat kostet jährlich etwa zwei Millionen Franken.

Tierquälerei und Islamisierung

Ende Juni 2012 haben die Tagblatt-Zeitungen (Thurgauer Zeitung, Wiler Zeitung, Toggenburger Tagblatt, Appenzeller Zeitung, Der Rheintaler und das St. Galler Tagblatt) große Artikel zum Royal Döner AG, eine schweizweite Kebabfirma in St. Gallen gebracht und deren Lancierung einer eigenen Ladenkette in St. Gallen.

Schächt-Verbot

Daß Döner ganz sicher geschächtete Tiere in seinen Buden und Betrieben verarbeitet, liegt auf der Hand und trotzdem fragt kein Journalist danach! Geschächtetes Fleisch heißt, dem Tier wird bei vollem Bewußtsein die Kehle aufgeschnitten, die rund 15-minütige Ausblutung ist ein furchtbares Leiden, eine unerhörte Tierquälerei!

In der Schweiz ist das Schächten verboten. Viele Insider belegen, es wird trotzdem geschächtet. Die Kebab-Firmen werden ihr Fleisch ganz sicher im billigeren Ausland beschaffen, denn im EU-Raum ist Schächten mit Betäubung erlaubt. Allerdings wollen davon viele Muslime gar nichts wissen. Sie verlangen Fleisch von muslimisch geschächten Tieren, ohne Betäubung.

Dabei muß am besten ein Imam die entsprechenden Suren und Verse aus dem Koran zitieren, das Tier muß nach Mekka ausgerichtet sein und die Schächtung ist ein eigentliches Tier-Opfer. Die profane Schlachtung der Tiere wird also zur rituellen Schächtung. Muslime vertrauen, wenn, wie schon gesagt, ein Imam dies auch zertifiziert.

So fragen sich viele besorgt

und verärgert, wo bleiben unsere Tierschützer und wo bleiben die ach so sensibel reagierenden Journalisten und Redaktoren, wenn es darum geht, Menschlichkeit und Achtung vor der Kreatur zu realisieren?

Nationalstaats-Ende

Das geschächtete Fleisch zu essen, ist Beweis der Bekehrung zum Islam. „Wer das Fleisch unserer Schlachttiere isst, der ist ein Muslim. Ihm stehen alle Rechte eines Muslim zu und ihm werden alle Pflichten auferlegt, die jedem Muslim auferlegt sind.“ (Aus „Der Prophet Allah's“ von **A. Mertensaker**) Götzenfleisch zu essen, ist Christen verboten: „Ihr sollt euch enthalten von den Götzenopfern“ das heißt das Fleisch von Götzenopfern zu essen. (Apostelgeschichte

15,29) Denn, was die Heiden opfern, das opfern sie Dämonen“ (1 Kor 10,20).

Information wäre also, gerade in der heutigen Zeit das A und O eines „geistigen Wachstums“ der Menschheit, aber auch unserer Heimat! Doch das wird konsequent verhindert, Leserbriefe oder beleuchtende Beiträge wandern in den Kübel. Das Volk soll dumm gehalten werden, so lautet das Diktat der Regierenden und von Medien, die neutral und kritisch hinterfragen sollten, um mittels freier Meinungsbildung optimale Lösungen für Land und Volk zu finden.

Mit der Islamisierung, auch unterstützt von Kirchen, wachsen Staaten im Staate, das sichere Ende der Nationalstaaten und des christlichen Abendlandes!

**Willy Schmidhauser,
CH-8505 Dettighofen**

Von Leserbriefen, die unprofessionell entsorgt werden

Die Pfarrblätter sind oft die schlimmsten Vergifter der Christenheit! In vielen Pfarrblatt-Redaktionen sitzen seit Jahren und immer wieder aufs neue Redaktoren, die gegen das Christentum arbeiten.

VON WILLY SCHMIDHAUSER

Niemand im Thurgau ist beispielsweise für das Pfarrblatt zuständig, aber die Redaktion mißbraucht es. Der Kirchenratspräsident **Peter Hungerbühler** von Müllheim gibt Kirchenbürgern auf einen Brief hin nicht einmal eine Antwort und man wundert sich, warum die Austritte zunehmen. Redak-

tor **Detlef Kissner** ist niemandem verantwortlich, nicht dem Steuerzahler, nicht dem Bischof und **Hungerbühler** offensichtlich auch nicht. Redaktor **Kissner** kann tun und lassen, was er will. In Nummer 14 findet sich auf Seite 6 ein Artikel „Den Islam aus den Hinterhöfen herausholen“ – verfaßt von einem Religionswissenschaftler und Professor **Hans G. Klippenberg**.

Widersprüche

Klippenberg verkündet eine ganze Seite lang Widerspruch um Widerspruch und beweist, daß er vom Koran keine Ahnung hat oder eben alles politisch manipuliert. Wieder hat **Kissner** Beiträge aus den Kirchgemeinden nicht publiziert. Leserbriefe wurden „entsorgt“ und seitenslang konnte Diakon **Matthias Loretan** Dinge sagen und den „interreligiösen Dialog“ mit den Muslimen propagieren mit haarsträubenden Argumenten.

Der Imam von Kreuzlingen, **Neziri**, konnte reden und reden – viele Unwahrheiten – und **Kissner** hat alles publiziert für das „dumme Kirchenvolk“ Das ist doch zum wahnsinnig werden! Wen wundert's, daß

Wissende ausrasten! Diese Ohnmacht, diese Widersprüche und all die feinen Prediger, die Kirchensteuern und Einrichtungen für ihre politischen Ziele mißbrauchen! Natürlich wurde auch die Stellungnahme der assyrischen Christen (Flüchtlinge) im Thurgau total unterschlagen. Ihr Protest gegen die Entrechtung von Kloster Mor Gabriel in der Türkei wurde unterschlagen wie im linken Tagesanzeiger!

Neutrale Information?

Und die katholische Presse-Agentur: wo bleibt die neutrale Information der KIPA? Auch bei dieser Medienstelle weiß offensichtlich niemand, wer für was zuständig ist. Da hoffen doch die Christen und Verfolgten, daß KIPA die Verfolgungs- und Anschlagsberichte gegen Kirchen, Schulen und Spitäler bringt... Weit gefehlt! Wozu auch? Wo ist der Bericht vom Kloster Mor Gabriel und wo sind die weltweiten Verfolgungen durch Muslime? Sind denn in dieser KIPA auch atheistische Redaktoren, die Menschen und Christen bewußt in die Irre führen, ihnen nicht passende Bischöfe hinausekeln und den Pfarrblättern die

Verfolgungsberichte von Afrika, Asien und selbst von der Türkei aus irgendwelchen, politischen Gründen, vorenthalten. Das ist in meinen Augen eine ganz klare Unterlassung!

Versagen der Kirche

Zusammenfassend; ich bin wirklich deprimiert über das Versagen unserer Kirche und unserer Theologen. Ein Priester oder Diakon, der mit Muslimen einen interreligiösen Dialog pflegen will, spricht mit gespaltener Zunge, denn kein Moslem kann und will das – doch die Taqiya ist ihm vorgeschrieben und er muß alles tun, um die Ungläubigen (alle Nicht-Muslime) zu vernichten und zwar blutig mit dem Schwert. Darum sind zwei Schwerter das Symbol des Islams als Zeichen für den Djihad!

Der Test

Der Trisomie-21-Test ist auch in der Schweiz seit August verfügbar. Zugelassen ist er vorläufig nur für Schwangere mit einer medizinischen Indikation. In Zürich stößt der DNA-Test auf große Nachfrage, berichtete die NZZ.

Solothurner Kathedrale saniert

rund acht Millionen Franken, wovon eine Million von Privatpersonen gespendet worden sind.

Im Januar 2011 hatte ein psychisch kranker Mann einen Brandanschlag auf die Kathedrale verübt. Er ist dafür im September 2011 zu einer unbedingten Freiheitsstrafe von 14 Monaten verurteilt worden. Der geständige Mann wurde in eine geschlossene psychiatrische Klinik eingewiesen.

Konstantin Weckers Passionsspiel

Nach rund 75 Jahren soll in Luzern erstmals wieder ein Passionsspiel aufgeführt werden.

Komponist der musikalischen Inszenierung ist der deutsche Liedermacher **Konstantin Wecker**. Geplant ist die Inszenierung auf

der Lidowiese vom 5. bis 20. September 2013.

Konstantin Wecker sagte noch 2010 in einem Interview, er habe sich immer der Anarcho-Szene zugehörig gefühlt. Bekannt ist seine Mitwirkung bei zahlreichen Porno- und Sexfilmen. Im

Jahr 2000 wurde er wegen Drogendelikten (in dritter Instanz!) auf Bewährung zu einem Jahr und acht Monaten verurteilt.

Was haben sich die Luzerner dabei gedacht, diesen Mann für das Passionsspiel zu engagieren?

Christliches Zentrum Virunum entdeckt

Archäologen des Kärntner Landesmuseums sind mit Forschern der Universitäten Klagenfurt und Padua den vermutlich ältesten Spuren des Christentums in Kärnten auf die Spur gekommen.

Sie entdeckten bei Virunum auf dem Gebiet des heutigen Zollfelds bei Maria Saal ein 7.500 Quadratmeter großes spätantikes Bischofszen-

trum. Bis heute ist Virunum ein offizieller Bischofssitz. Titularbischof ist der früher an der Kurie in Rom tätig gewesene Italiener **Oscar Riz-zato**. Ausgrabungsleiter **Heimo Dolenz** sprach von einem etwa 7.500 Quadratmeter großen Komplex, der den Bischofspalast mit einer Doppelkirchenanlage darstelle. In dem bisher aufgeschütete-

ten Material habe sich kein einziges Fundstück befunden, das jünger als 1.700 Jahre sei. Dolenz: „Aus Baugruben für die 110 Zentimeter starken Mauern der Bischofskirche sind Funde heraus gekommen, die bis ins Jahr 350 reichen. Die Kirche wird in der zweiten Hälfte des 4. Jahrhunderts errichtet worden sein.“

Einblicke in altes Mönchsleben

Archäologische Funde unterhalb der Wallfahrtskirche am Falkenstein beim Wolfgangsee geben überraschende Einblicke in das Leben der Eremiten und Pilger im 17. und 18. Jahrhundert. Überraschend war für die Archäologen die Qualität und Üppigkeit des Hausrats und der persönlichen Gegenstände der Einsiedler.

Der Legende nach weilte bereits der Heilige **Wolfgang**, Bischof von Regensburg, im 10. Jahrhundert selbst an diesem zurückgezogenen Ort am Wolfgangsee. Nach der Stiftung der Kirche im Jahr 1626 wurde auch eine Klausel gebaut, in wel-

cher bis zu zwei Laienbrüder gleichzeitig wohnten.

Diese einfache Holzhütte wurde dann von insgesamt zwölf Einsiedlern bewohnt. Der letzte starb 1812 dort.

Wörtlich heißt es in der Aussendung des Boltzmann-Instituts: „Die Forschungser-

gebnisse vom Falkenstein bereichern die Salzburger Landesgeschichte um eine längst vergessene aber bedeutende Facette des christlichen Alltagslebens, welches am Wolfgangsee schon im Spätmittelalter den Tourismus begründet hat.“

Pilgerwege in Österreich

Jeder heimische Pilgerweg hat seinen eigenen Reiz und seine ganz besondere Bedeutung. Das zeigt ein neuer Bildband mit dem Titel „Pilgerwege in Österreich“. Neben den vier Hauptpilgerzielen Mariazell, Gurk, St. Wolfgang und dem Österrei-

chischen Jakobsweg werden im Buch noch weitere bedeutende heimische Pilgerrou-ten in Bild und Text vorgestellt. Das 66seitige Werk ist ab sofort zusammen mit einem Briefmarkensatz erhältlich.

Hinweis: Der Bildband „Pilgerwege in Österreich“ mit acht Briefmarken ist ab 20. August zum Preis von 13,30 Euro in den österreichischen Poststellen zu erwerben. www.pilgerwege.at

Betendes Gottes Volk

Die internationale Gebetsgemeinschaft „Rosenkranz-Sühnekreuzzug um den Frieden der Welt“ (RSK) freut sich über die 250. Ausgabe ihrer Zeitschrift „Betendes Gottes Volk“. Die Zeitschrift wurde 1948 vom Initiator der Bewegung, P. **Petrus Pavlicek** (1902-1982), gegründet. Das Medium erscheint viermal jährlich und hat eine Auflagenhöhe von 185.000 Exemplaren.

Die 1947 gegründete „Rosenkranz-Sühnekreuzzug“-Gebetsgemeinschaft hat weltweit rund 700.000 Mitglieder in mehr als 130 Ländern. Die Gebetsgemeinschaft bietet Exerzitien und Einkehrtage an, bei denen auch auf Fragen suchender und der Kirche fern stehender Menschen eingegangen wird. Sie veranstaltet auch jährlich die „Maria-Namen-Feier“ in Wien.

PERSONALIA

*Die Generaloberin der „Marienschwestern vom Karmel“ in Linz, Sr. **Michaela Pfeiffer-Vogl**, ist ein viertes Mal in dieser Funktion wiedergewählt worden. Sr. **Bernadette Steiner** wurde als Generalvikarin bestätigt.*

*Sr. **Theresita Radlgruber** von den „Benediktinerinnen vom Unbefleckten Herzen Mariens“ feierte am 8. August ihren 100. Geburtstag.*

*Der Pfarrer von **Obergrafendorf** in der Diözese St. Pölten, **Emeka Emeakaroha**, ist von Integrations-Staatssekretär **Sebastian Kurz** und dem niederösterreichischen Landesrat **Stephan Pernkopf** für seine Integrationsbemühungen ausgezeichnet worden.*

*Die Caritas der **Erzdiözese Salzburg** steht seit September unter neuer Leitung von **Johannes Dines**. Er folgt dem bisherigen Caritasdirektor **Hans Kreuzeder**.*

*Der **Sportler Markus Rogan**, Schwimmstar, will sich für seine zukünftige Frau „zum Judentum bekehren“ und sie jüdisch heiraten.*

Einladung zur 61. Fatimafeier

in der Schloß-Kirche Walpersdorf
am Freitag, 12. Oktober 2012,

Beginn 17:30

Aussetzung – Beichtgelegenheit – Rosenkranz – sakramentaler Segen – Hl. Messe mit Predigt und Prozession

Auskunft: bei den Petrus Claver Schwestern
in Walpersdorf, Tel.: +43 (0) 2782 - 84083

Ein Schlag gegen die Religionsfreiheit?

Die Beschneidungsdebatte in Österreich

Die Beschneidung von Jungen (in Österreich sagt man Buben) aus religiösen Gründen ist in Österreich zwar nicht ausdrücklich gesetzlich geregelt, nach „herrschender Lehre“ ist sie allerdings straffrei.

In Deutschland ist die Gesetzeslage anders. Die Diskussion wurde dort durch ein aktuelles erstinstanzliches Urteil ausgelöst.

„Israelitengesetz“

Gern verweisen österreichische jüdische Debatten Teilnehmer auf das erst im Mai novellierte Israelitengesetz. Dort heißt es: „Die Israelitische Religionsgesellschaft und ihre Mitglieder sind berechtigt, Kinder und Jugendliche auch außerhalb der Schule durch alle traditionellen Bräuche zu führen und entsprechend den religiösen Geboten zu erziehen.“ Dies bietet ausreichend Rückendeckung auch für die Praxis der Beschneidung.

Dennoch ist die (trotz gesetzlicher Anerkennung des Islams seit der Habsburger-Monarchie) Diskussion voll entbrannt. Denn trotz „Rechtssicherheit“ zeigten sich einige Politiker verunsichert und stoppten kurzerhand die Beschneidungen an öffentlichen Krankenhäusern. Der Kärntner Landeshauptmann **Gerhard Dörfler** sprach sich sogar für ein „Verbot jeder Art von Genitalverstümmelung“ aus.

Vertreter von Judentum, Islam und Christentum sahen sich zu einem außergewöhn-

lichen Schritt veranlaßt: Sie gründeten eine gemeinsame Plattform monotheistischer Religionen und forderten die Regierung gemeinsam auf, ein „klares Bekenntnis zur Religionsfreiheit“ abzugeben. Ähnlich läuft es ja auch in Deutschland: Katholische Bischöfe marschieren mit dem Islam und dem Judentum in der Beschneidungsfrage Hand in Hand.

Tatsächlich wurde die Debatte in Österreich bislang vor allem durch zwei laizistisch auftretende Initiativen befeuert und nicht durch intellektuelle Beiträge: die „Initiative gegen Kirchenprivilegien“ und die Initiative „Religion ist Privatsache“. Der Sprecher der Anti-Kirchenprivilegien-Initiative, **Niko Alm**, bezeichnete Beschneidungen als „illegal“, da sie der UN-Kinderrechtskonvention widersprechen. Er forderte, die Beschneidung auf ein Alter von 14 bis 18 Jahren zu verschieben. Religionsfreiheit müsse vor allem als Schutzrecht des Kindes vor Religion verstanden werden.

Beitrag Schönborns

Die Initiative gegen Kirchenprivilegien strebt zudem ein Volksbegehren zum Stopp staatlicher Subventionen für Kirchen und Religionsgemeinschaften an.

Die katholische Kirche solidarisiert sich jedenfalls auch in Österreich mit Juden und Muslimen. Der Wiener Kardinal **Christoph Schönborn** wäht hinter der Debatte den Versuch, religiöse

Erziehung insgesamt infrage zu stellen. Vor einer Kriminalisierung von Juden und Muslimen im Falle einer Gesetzesänderung warnte zuletzt der Generalsekretär der Österreichischen Bischofskonferenz, **Peter Schipka**.

Wellen gehen hoch

Auch wenn ein Beschneidungsverbot derzeit weder politisch noch rechtlich ein Thema in Österreich ist, gehen die medialen Wellen hoch. Der frühere Präsident der Wiener Kultusgemeinde, **Ariel Muzicant**, lancierte in einem Interview einen Schoah-Vergleich. Er sprach von einem „Versuch einer neuerlichen Schoah, einer Vernichtung des jüdischen Volkes – nur diesmal mit geistigen Mitteln“. Eine Aussage, die der amtierende Präsident **Oskar Deutsch** etwas abschwächte; allerdings hielt er zumindest am Terminus der „geistigen Vertreibung von Juden und Muslimen“ fest: „Wir lassen uns hier nicht vertreiben“, so **Deutsch**. „Beschneidungen sind in

Österreich völlig legal.“

Keine Angaben

Die genaue Anzahl religiös motivierter Beschneidungen in Österreich ist nicht bekannt. Die Wiener Kultusgemeinde führt nach eigenen Angaben rund 150 Eingriffe pro Jahr durch; in den anderen Bundesländern dürfte die Anzahl weitaus geringer sein. Die Islamische Glaubensgemeinschaft kann keine konkreten Angaben machen. Die Anzahl der medizinisch (nicht religiös) indizierten Beschneidungen in den österreichischen Krankenhäusern beläuft sich auf jährlich rund 6.500. Diese stehen natürlich und sowieso außerhalb der Debatte.

Eine sehr persönliche Meinung des „13.“: Warum sich hier in Österreich wie dort in Deutschland katholische Bischöfe in eine Debatte einbringen, von der sie nichts verstehen und die sie nichts angeht, ist schleierhaft. Oder sehen Sie, liebe Leser, das anders? Warum debattieren Bischöfe darüber?

Klasnic-Kommission

Die im April 2010 von Kardinal **Christoph Schönborn** ins Leben gerufene „Unabhängige Opfererschutzwirtschaft“ unter Leitung von **Waltraud Klasnic** hat ihre Tätigkeit verlängert. Der Wunsch des Kardinals sei, daß die Kommission noch weitere drei Jahre im Amt bleibt. Seit 31. Mai 2011 sind die Diözesanen Ombudsstellen wieder

Erstanlaufstellen für mutmaßliche Opfer. Die „Klasnic-Kommission“ ist aber weiterhin für die Entscheidungen über finanzielle Hilfen zuständig. Das „große Paket“ an Fällen sei mittlerweile abgearbeitet, Meldungen trafen aber nach wie vor ein, heißt es. So hätten sich heuer bisher 133 Personen an die Einrichtung gewandt.

Geschichte eines Prälaten und seiner Restauratorin

Verschwundene Kirchenschätze aus dem Wiener Stephansdom sind wieder aufgetaucht. Die sakralen Gewänder und wertvoller Schmuck wurden im Internet angeboten. Wie kann so etwas passieren?

Nach Medienberichten übergab vor Jahren ein verstorbener Prälat des Stephansdomes einer ihm sehr nahestehenden Restauratorin kirchliche Schätze. Ihr Enkel wollte sie jetzt im Internet verkaufen. Die Gegenstände sind im Internet, beim Wiener Dorotheum und bei einem Designhändler aufgetaucht. Der Erbe fühlt sich als rechtmäßiger Eigentümer.

Dompfarrer **Faber** wollte zuerst einmal gerichtlich klären lassen, wem die Objekte rechtmäßig zustünden. Daß der Restauratorin als Lohn für geleistete Dienste zum Beispiel eine wertvolle Stola, alte Para-

mente oder Bischofsringe überlassen wurden, sei unvorstellbar, erklärte **Faber** zuerst gegenüber Medien.

Faktum ist: die Restauratorin und kirchliche Ex-Mitarbeiterin ist 2009 verstorben. Der Enkel und Erbe wollte die Kunstwerke (ein

Grabesritterkelch, ein Bischofsring mit Edelsteinen und eine barocke Stola aus dem sogenannten Breuner Ornat) verkaufen. Der kunst- und kirchenhistorisch wertvolle Breuner Ornat stammt aus dem 17. Jahrhundert und wurde vom Wiener Erzbischof traditionsgemäß am Stefanitag (26. Dezember) getragen.

Bei den bereits vor Jahr-

zehnten verschwundenen Wertgegenständen und Kunstschätzen ist laut **Faber** nie klar gewesen, wie sie abhandengekommen seien. Der Erbe hätte die Objekte jetzt jedenfalls verkaufen wollen. Angeblich sucht man sich mit dem Erben nun aussergerichtlich zu einigen. Wird man dann je erfahren, wie so etwas geschieht oder geschah?

Ehrung für Österreicher in Berlin

Ein in Österreich (nämlich 1937 in Wiener Neustadt) geborener und von der Republik geehrter israelischer Autor wurde am 28. August in Berlin geehrt. Elazar Benyoetz (75) ist von der ökumenischen Stiftung Bibel und Kultur für sein Lebenswerk ausgezeichnet worden.

Benyoetz ist einer der letzten israelischen Schriftsteller, die in deutscher Sprache schreiben. Vor einigen Monaten erschien mit dem Buch „Sandkronen“ eine weitere Sammlung von Aphorismen,

das rasch zu den Hauptwerken von **Benyoetz** gezählt wurde. Der Autor erhielt 1988 den Adelbert-von-Chamisso-Preis und 2002 den Joseph-Breitbach-Preis. 1997 bekam er für seine Verdienste um die deutsche

Sprache den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland. 2009 wurde er mit dem Österreichischen Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst 1. Klasse sowie 2010 mit dem Theodor-Kramer-Preis ausgezeichnet.

Neues Bildungszentrum

Das „Bildungszentrum St. Bernhard“ der Erzdiözese Wien in Wiener Neustadt startet an seinem neuen Standort in der Propstei am Domplatz mit einem dichten Veranstaltungspro-

gramm. Der Wiener Erzbischof wird die neuen Räumlichkeiten am 30. September um 10 Uhr segnen. Einen „Tag der offenen Tür“ gibt es am 13. Oktober ab 14 Uhr.

Eingetragene Partnerschaften

Von Jänner bis Juni 2012 haben insgesamt 178 gleichgeschlechtliche Paare ihre Partnerschaft bei den dafür zuständigen Bezirksverwaltungsbehörden eintragen lassen. Gegenüber den vorläufigen Daten des ersten Halbjahres 2011 (202 Paare) ist das ein Rückgang von 11,9 Prozent. Knapp die Hälfte (47,8 Prozent) aller eingetragenen Partnerschaften wurde von in Wien wohnhaften Paaren begründet (absolut 85, - 22,0 Prozent). An zweiter Stelle folgt Niederösterreich mit 15,7 Prozent (28, ±0 Prozent) und an dritter Stelle Oberösterreich mit 11,2 Prozent (20, ±0 Prozent) der eingetragenen Partnerschaften.

INITIATIVE KATHOLISCHER CHRISTEN

Die Krise in der Kirche

Hoffnung und Heilmittel

Wien, Samstag, 20. Oktober 2012, 19.15 Uhr

Referent: Dipl.- Ing. Dr. **Felix Bentz**

Referent:

Dipl.-Ing. Dr. **Felix Bentz**, Brunenthal bei Schärding, OÖ. Geboren 1932 in Linz, konvertierte mit 15 Jahren zur katholischen Kirche. Studium der Forstwirtschaft an der Universität für Bodenkultur in Wien.

Liebe Freunde!

Dieser Vortrag schließt an den Vortrag „Krise in der Gesellschaft“ an und wurde bereits in mehreren deutschen Großstädten gehalten. Wir bitten, auch Freunde auf den Vortrag aufmerksam zu machen.

Ort: Pfarre St. Leopold-Donaufeld, Kinzerplatz 19, 1210 Wien

U6 Endstation Floridsdorf, 1 Station mit Straßenbahn 26, Richtung Aspern. Aussteigen Haltestelle Hoßplatz.

Ausreichend Parkplätze.

Neue Gesetze fördern Neid & Intrige

Frauen- und Beamtenministerin **Heinisch-Hosek** (SPÖ) hat am 17. August eine „bahnbrechende“ Neuerung verkündet (<http://wien.orf.at/news/stories/2546076/>): Automatischer Amtsverlust ist ab 2013 die Folge jeder rechtskräftigen Verurteilung wegen eines Sexualdelikts, wegen Quälens und Vernachlässigens schutzwürdiger Personen sowie wegen strafrechtlicher Taten, die unter die Folterkonvention fallen.

So begrüßenswert diese Neuerung bei schwerwiegenden Sexualdelikten und bei folternden BeamtInnen ist, so bedenklich erscheint sie, wenn sie den Amtsverlust undifferenziert auf alle (!) Sexualdelikte (10. Abschnitt

des Strafgesetzbuchs, §§ 201-220a StGB) ausdehnt. Konkretes Beispiel: Wer im Privatleben ein „anzüglisches“ Nacktfoto seines/r 17jährigen (Ehe-)PartnerIn besitzt (§ 207a Absatz 4 Ziffer 3 StGB) wird künftig, so er/sie (gleichgültig was für ein/e) BeamtIn ist, (und gleichgültig wie gering die Strafe auch ausfallen mag) den Arbeitsplatz und damit die Existenz verlieren. Wer hingegen beispielsweise im Privaten eine/n Andere/n krankhausreif zusammenschlägt und dafür (wie allzuoft) nicht mehr als ein Jahr (oder mehr als sechs Monate unbedingt) ausfaßt, muß diese Rechtsfolge nicht fürchten.

Sanktioniert wird somit

letztlich die Sexualität, nicht die Gewalt; anstatt umgekehrt. „Unsere GesetzesmacherInnen handeln immer unüberlegter, meint dazu das „Rechtskomitee LAMBDA“.

„Der 13.“ geht mit dem

„Rechtskomitee LAMBDA“ und seiner politischen Ausrichtung nicht konform. Auch wir meinen aber, daß das kritisierte Gesetz in einer neid- und intrigenbestimmten Gesellschaft nur neue Verfolgungen schafft.

Eine Entscheidung zum Fernmeldegeheimnis

Der Verfassungsgerichtshof hat in einer soeben veröffentlichten richtungweisenden Entscheidung das Fernmeldegeheimnis sehr eng ausgelegt. Es schützt nur Inhaltsdaten, nicht aber Verkehrsdaten (Verbindungsdaten). Einen Gerichtsbeschluss zur Ermittlung von IP-Adressen und anderen Verkehrsdaten benötigt die Polizei daher nicht.

In seiner Entscheidung sprach der Verfassungsge-

richtshof auch aus, daß selbst Inhalte von Kommunikation in Chaträumen dann nicht dem Fernmeldegeheimnis unterliegen, wenn diese Chaträume (grundsätzlich) für jeden User (ohne Zugangskontrolle) zugänglich sind (offene Chaträume) oder wenn einer der Chatpartner Nachrichten aus einem vertraulichen (geschlossenen) Privat-Chat der Polizei zugänglich macht (Rz 7, 20, 27).

Neue Untersuchung im Fall Kampusch

Der Fall **Natascha Kampusch** wird von Spezialisten jetzt im Herbst abermals unter die Lupe genommen. Sie sollen die Ermittlungsakten von Polizei und Staatsanwaltschaft analysieren. Eine 14köpfige Arbeitsgruppe und ein Lenkungsausschuß mit sieben Mitgliedern sind mit der Untersuchung betraut. Dem

Ausschuß sollen auch ein fachmann für „Altfälle“ des deutschen Bundeskriminalamtes (BKA) und ein Experte der US-Bundespolizei FBI angehören. Mit dem neuerlichen Aktenstudium wollen Politik und Justiz klären, ob der Entführungsfall **Kampusch** erneut von der Kripo aufgerollt werden muß.

Pensionskasse Valida muß zahlen

Der Gerichtshof der Europäischen Union hat bereits zweimal ausgesprochen, daß überlebende eingetragene Paare ebensolche Pensionsansprüche haben wie Ehepaare. Die Valida Pension AG verweigert sie ihnen trotzdem. Das Arbeits- und Sozialgericht Wien hat das jetzt als diskriminierend festgestellt. Die Valida muß die Pensionen auch an eingetragene Paare zahlen.

Die Valida Pension AG ist eine der bedeutendsten Pensionskassen Österreichs. So fungiert sie nicht nur als Pensionskasse der Austria Tabak AG sondern beispielsweise auch als Pensionskasse mehrerer österreichischer Universitäten, des ORF und

der Stadt Graz (<http://www.valida.at/DE/%c3%9cber%20Valida/Referenzen/Referenzkunden.aspx>).

Das Arbeits- und Sozialgericht Wien hat die Valida Pension AG jedenfalls erstinstanzlich verurteilt und mit einem Urteil bedacht: Hinterbliebenenpension sind auch an überlebende eingetragene PartnerInnen zu bezahlen, unter den gleichen Bedingungen und in gleicher Höhe wie an überlebende EhepartnerInnen (ASG Wien 10.04.2012, 22 Cga 187/11x). Das Urteil ist nicht rechtskräftig. Die Valida könnte an das Oberlandesgericht Wien berufen. Würde sie dort Recht bekommen?

Milliardär als Wahlkämpfer

Der Milliardär **Frank Stronach**, (80) will bei den österreichischen Nationalratswahlen im kommenden Jahr mit einer eigenen Partei antreten. Mit einer auf ihn zentrierten „Bewegung“ will er das politische System

Österreichs aufmischen. Bei Redaktionsschluß stand noch nicht fest, ob es ihm bereits gelungen ist, fünf Abgeordnete des Nationalrats für sich zu gewinnen, so daß er bereits eine Parlamentsfraktion gründen könnte.

Begnadete Strategen in Österreichs Parteien

Die Österreicher haben mit gutem Grund einige große Sorgen: die Schuldenexplosion, die Stabilität des Geldes und der Wirtschaft, der Kampf gegen Korruption, die Folgen von Migration und Islamisierung; und zumindest einen Teil der Bürger besorgt auch die Demokratiekrise. Die Frage „Berufsheer: Ja oder Nein?“ beschäftigt die Bürger hingegen nicht wirklich vorrangig. Aber genau dazu soll es nun eine Volksabstimmung geben und nicht zu all den viel wichtigeren Fragen. Ein neuer Beweis für die Menschenferne der Politik.

Die Forcierung des Themas „Berufsheer statt Wehrpflicht“ hat der SPÖ in den letzten zwei Jahren eine ziemliche Blamage eingebracht (was ja meist passiert, wenn sie auf die Grenzintelligenz der Kronzeitung hört). Und was tut nun ein ÖVP-Provinzpolitiker nach

VON ANDREAS UNTERBERGER

dem anderen? Sie rufen nach einer Volksabstimmung zu diesem Thema. Das ist aus vielerlei Gründen skurril.

Erstens ist es ziemlich eigenartig, wenn jene Seite nach einer Volksabstimmung ruft, die will, daß sich nichts ändert. Das ist nicht wirklich der Grundgedanke der direkten Demokratie. Nur die SPÖ, nein der populistische Flügel der SPÖ will etwas ändern, weiß aber nicht mehr wie. Und jetzt will auf einmal die ÖVP darüber abstimmen.

Eingemauert

Zweitens befreit man damit die SPÖ aus der Ausweglosigkeit, in die sich selber eingemauert hat. Die Sozialdemokraten hatten geglaubt, das Thema wäre populär. Das ist es aber nur bei den 16- bis 19jährigen Burschen, während der Rest der Nation durchaus den Nutzen des

Präsenzdienstes bejaht.

Drittens ist die Forcierung dieses Themas allzu leicht als Ablenkungsstrategie von den größeren Problemen und als Beschäftigungstherapie für Medien und Bürger knapp vor einem Wahlkampf-Auftakt durchschaubar.

Und viertens beschädigt man damit das wichtigste, um nicht zu sagen einzige politische Anliegen, für das die ÖVP im letzten Jahr in den Ring gestiegen ist: die zwingende Durchführung von Volksabstimmungen, wenn genügend Unterschriften danach rufen.

Tertiäres Thema

Mit einer von oben angeordneten Volksabstimmung zu einem tertiären Thema wird aber nun genau die Dynamik dieser Idee abgewürgt, daß solche Volksabstimmungen künftig eben von unten erzwungen werden könnten. Die direkte Demokratie ist zu wichtig, um durch parteitaktische Aktionen umgebracht zu werden.

Aber auch parteitaktisch wäre es richtig gewesen, die SPÖ vorzuführen und mit folgender Antwort anrennen zu lassen: Wenn Ihr schon unsinnige Dinge wie Berufsheer oder Zwangsgesamtschule wollt, dann müßt ihr das schon selber vorantrei-

ben. Dazu braucht es erstens einen genauen Vorschlag; dieser müßte dann an Stelle des Darabos-Stotterns endlich genau sagen, wie denn die Berufsheer ausschaue soll, wer dafür bezahlt, und wie die humanitären Organisationen ohne Zivildienst weitermachen sollen. Dann müßt ihr zweitens endlich der von euch blockierten Einführung einer wirklichen direkten Demokratie zustimmen, in der man mit genügend Unterschriften ein Referendum erzwingen kann. Dann müßt ihr drittens diese Unterschriften sammeln. Und dann müßt ihr viertens dieses Referendum auch noch gewinnen.

Wo ist der Obmann?

Auf diese Weise könnte man die SPÖ beschäftigt halten und sich selber strategisch freispielen, um sich auf die wirklichen Sorgen der Bürger zu konzentrieren. Aber vielleicht will man das gar nicht, weil es darauf keine einfachen Antworten gibt?

Und wo, bitte, ist eigentlich

der Bundesparteiobmann der Volkspartei? Kann es wirklich wahr sein, daß ihm von **Platter** bis **Pröll** ständig irgendein Provinzhauptling mit undurchdachten Sägern in die Bundespolitik hineinpfluscht, ohne daß der Parteichef den Mund dazu aufmacht?

Nachträgliche Ergänzung: Wie ungeschickt die Landeshauptleute-Initiative ist, zeigte sich dann gleich in der abendlichen „Zeit im Bild“: Dort berichtete die rote Manipulationsmannschaft triumphierend über die Initiative – und zwar so, als ob sich die Landeshauptleute der Darabos-Linie angeschlossen hätten. Dabei haben sie ja das Gegenteil erreichen und eigentlich damit die roten Berufsheer-Ideen abtöten wollen. Was der ORF aber einfach unter den Tisch fallen ließ. Womit die Idee von **Pröll & Co** endgültig in die Hose gegangen ist. Wenn man freilich so dumm und widersprüchlich taktiert, dann legt man den Darabos-Helfern im ORF den Ball geradezu auf.

Konzilsgedenken in Wien

Auf die (angeblich) noch nicht eingelösten Reformanliegen des vor 50 Jahren eröffneten Zweiten Vatikanischen Konzils hat Weihbischof **Helmut Krätzl**, bei einem „Kardinal König Gespräch“ im niederösterreichischen Rabenstein hingewiesen. Der mittlerweile Achtzigjährige hatte 1962 bis 1965 als Stenograph die Diskussionen verfolgt. Als „Zeugfunktionär“ wird der liberale Weihbischof am Don-

nerstag, 11. Oktober, 18 Uhr, im Wiener Stephansdom auch den großen Gottesdienst der Erzdiözese Wien aus Anlaß des 50. Jahrestags der Eröffnung des Zweiten Vatikanischen Konzils leiten.

Das „Kardinal König Gespräch“ findet jährlich im August in Rabenstein an der Pielach statt. Kardinal **Franz König**, im Volksmund der „rote Kardinal“, wurde am 3. August 1905 in Rabenstein geboren.

Steirische SPÖ-Zeitung wirbt für Bordelle

In der Zeitung Zugseil befassen sich die SPÖ-Politiker aus den obersteirischen Gemeinden Aigen, Donnersbach, Donnersbachwald, Irdning, Pürgg-Trautenfels, Stainach und Wörschach mit aktuellen Themen ihrer Region. Das Titelblatt ist der Aktion „Saubere Steiermark“ gewidmet.

Weiter hinten im Heft geht es weniger sauber zu, wie die Kleine Zeitung berichtet. Es findet sich ein Inserat aus der Rotlicht-Szene.

Im Internet machte die Geschichte unzensuriert.at publik. Von dort übernimmt „Der 13.“ die Information:

Im Jahr 2010 erst beschloß der steirische Landtag auf Antrag der KPÖ einstimmig ein Verbot von Bordellwerbung. Mit großem Engagement unterstützte damals auch die SPÖ diese Initiative. Nun hat die steirische Sozialdemokratie eine 180-Grad-Wende vollzogen: In der Zeitung „Das Zugseil“ der SPÖ-Fraktionen von sieben Kommunen im Bezirk Liezen schalten der „Club 69“ und das „Chateau Emanuelle“ gemeinsam ein ganzseitiges Inserat. Zu sehen sind halbnackte Frauen in

eindeutigen Posen und das Offert „30 min Zimmer • 69“.

Puff-Reklame

Wie die Unzensuriert-Recherche zeigt, ist dieses Inserat nicht das Erste. Bereits in der online abrufbaren Zug-

Dieses Inserat fand sich bereits vor mehr als zwei Jahren in der SPÖ-Zeitung „Zugseil“ – unmittelbar unter einem Foto des örtlichen Pfarrers.



Bildquelle: „Das SPÖ Zugseil“, Ausgabe März 2010.

seil-Ausgabe aus dem März 2010 findet sich auf Seite 14 eine Einladung in das „Chateau Emanuelle“. Besonders

skandalös: Unmittelbar darüber ist ein Foto des Pürgger Pfarrers abgedruckt. Und im März 2011 ist die Seite 24 zur Gänze an die beiden Etablissements vergeben. Ein 10-Euro-Taxigutschein soll die Kunden anlocken.

Kostendruck

Die steirische KPÖ-Klubobfrau **Claudia Klimt-Weithaler** ist aufgebracht. „Gemeinsam haben wir einstimmig das Bordellwerbe-

Kommunistin in einer Stellungnahme. **Friedrich Seidl**, Gemeinderat in Donnersbach und Zugseil-Chefredakteur, gibt sich scheinheilig, „Ich sage es, wie’s ist: Wir könnten ohne dem Inserat nicht erscheinen. Das deckt ein Drittel der Kosten ab.“ Schon jetzt würden alle ehrenamtlich arbeiten, doch die Druckkosten seien einfach zu hoch, deshalb müsse man sich über solche Werbeeinschaltungen finanzieren.

Falscher Fuß

Die steirische SPÖ hatte angeblich keine Ahnung über die Abmachungen ihrer Gemeindepolitiker mit dem anrühigen Gewerbe. „Wir müssen uns das genau anschauen“, so Pressereferent **Gernot Romar**. Und: „Wenn hier tatsächlich gegen das Bordellwerbeverbot verstoßen wurde, werden wir auch Maßnahmen setzen.“ Man werde der Sache nachgehen versicherte **Romar**.

verbot beschlossen – jetzt läßt sich die SPÖ aus dem Rotlichtmilieu ihre Zeitung finanzieren“, beklagte die

Probleme durch die islamische Zuwanderung

Islamistischer Antisemitismus breitet sich aus. Darüber und daß türkische Extremisten die Macht übernehmen wollen, machte die Abgeordnete Susanne Winter (FPÖ) aufmerksam.

Die islamische Zuwanderung stellt die Gesellschaft vor Probleme. Jeder zweite Türke wünscht sich mehr Moslems als Christen im Land. Rund ein Fünftel hält jüdische Mitbürger für „minderwertig“. Die Integration

türkisch-muslimischer Zuwanderer ist gescheitert. Die Bundesregierung müsse sich zu einschneidenden Maßnahmen durchringen, fordert die freiheitliche Nationalratsabgeordnete **Winter**.

Zuwanderer aus dem islamischen Kulturkreis fallen durch geringe Integrationsfolge auf. Eine Studie der deutschen Info GmbH belegt wachsende islamistische Tendenzen unter eingewanderten Türken. Knapp jeder Zweite wünscht sich, daß ir-

gendwann mehr Muslime als Christen in Deutschland leben. Etwa drei Viertel preisen den Islam als einzig wahre Religion.

Gefährdung

Besonders junge Türken fühlen sich vom islamistischen Salafismus angezogen. „Auf der Regierungsbank müssen die Alarmglocken läuten. Das friedliche Zusammenleben ist auch in Österreich gefährdet, sollte

diese Entwicklung anhalten“, warnt Winter.

Mit der zunehmenden Islamisierung von hier leben Türken einher geht ein hohes Maß an Antisemitismus: Gut ein Fünftel der befragten Türken hält demnach jüdische Mitbürger für „minderwertig“. „Derartige Einstellungen dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Antisemitismus muß der Vergangenheit angehören“, weist **Winter** auf diese Bedrohung hin.

Rechnungshof kritisiert den Kanzler

In einem an sich streng vertraulichen, aber dennoch durch dunkle politische Kanäle an die Medien gelangten Bericht hat der österreichische Rechnungshof Kritik an Bundeskanzler **Werner Faymann** (SPÖ) und am Staatssekretär im Bundeskanzleramt, **Josef Ostermayer**, geübt.

Geld für Zeitungen

Es geht um eine politische Inseraten-Geschichte: In den Jahren 2007 bis 2011 habe der heutige Kanzler **Faymann**, damals Infrastrukturminister, gemeinsam mit seinem damaligen Kabi-

nettschef **Ostermayer**, in verschiedenen Boulevardzeitungen bezahlte Inserate für die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) schalten lassen.

Laut dem geheimen Rechnungshofbericht erweckten die Inserate „den Eindruck einer Imagekampagne“ für das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie und insbesondere für dessen damaligen Vorsteher **Faymann**. Der Nutzen für die ÖBB hingegen sei „kaum erkennbar“ gewesen. Die Übernahme der Kosten von über einer halben Million Euro für die Kampagne

durch die ÖBB-Holding sei daher nicht nachvollziehbar. Insbesondere führt der Bericht eine als Kolumne kaschierte Werbebotschaft an, in der **Faymann** Leserfragen beantwortet habe, wie die renommierte Neue Zürcher Zeitung genüßlich berichtet.

Durch die Veröffentlichung in den Medien hat die ÖVP (Koalitionspartei der SPÖ) in der derzeit laufenden Vorwahlschlacht ein kleines Scharmützel gewonnen: Ab Herbst soll nun die Angelegenheit in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß behandelt werden. Zugleich gehen Ermittlungen weiter.

Am 1. September berichtete „Die Presse“ von der Pressevorführung eines Films bei den Filmfestspielen Venedig. Der Beitrag

Tiefer Haß

schildert eine Szene, in der ein Moslem „die überall im Haus hängenden Kreuze mit dem Stock zu Boden schmettert. Beim Papstbild in der Küche gab es bei der Pressevorführung Szenenapplaus“ (gemeint offenbar: bei dessen Zerschmettern!). Kann sich die innere Korruption mancher „Meinungsbilder“ drastischer äußern? Abgründiger Haß gegen die Kirche CHRISTI ärger sein? **Dr. Heinz Keinert**

Die kulturelle Kraftlosigkeit der Gegenwart

Österreich hat heute (nach Meinung des „13.“) zwei Persönlichkeiten, die in ihrem Fachbereich weltweit bekannt sind: Den Experimentalphysiker **Anton Zeilinger** und den Stardirigenten **Franz Welser-Möst**.

Beide heben sich in Interviews vom herrschenden atheistischen Zeitgeist wohlthuend ab. Die Schweizer katholische Agentur kipa bestätigte dies kürzlich durch den folgenden Bericht über **Franz Welser-Möst**:

Atheismus in der Kunst

Auf eine musikalisch-spirituelle Zeitreise hat der Stardirigent **Franz Welser-Möst** das Publikum bei den Salzburger Festspielen mitgenommen: Spielte die Gottesbeziehung für Musiker wie **Johann Sebastian Bach** und **Wolfgang Amadeus Mo-**

zart noch eine ganz selbstverständliche Rolle auch in ihrem künstlerischen Schaffen, so müsse man heute einen auch in der Kunst um sich greifenden Atheismus konstatieren.

Ein Bekenntnis

Dieser Atheismus führe zu einer „fortschreitenden kulturellen Degeneration“ und lasse eine „große Ratlosigkeit“ zurück, hinter der sich eine „gefährliche kulturelle Kraftlosigkeit“ verberge, so **Welser-Möst** am 25. Juli im Rahmen einer Gesprächsrunde zur Eröffnung der Salzburger Festspiele. Der Generalmusikdirektor der Wiener Staatsoper diskutierte in Salzburg im Rahmen der den Festspielen vorausgegangenen „Ouverture spirituelle“, die große Werke der Kirchenmusik ebenso im Reper-

toire hatte, wie drei hochkarätige Podiumsgespräche („Disputationes“) über Kultur und Religion. **Welser-Möst**, erster Preisträger des „Preises für Freiheit und Humanität“ der Paulus-Akademie in Zürich, bekannte sich zugleich zu einem hohen Maß an persönlicher Spiritualität. Er könne und wolle „bei aller Wissbegierde nicht ohne das Geheimnis leben“.

Grundfragen

Festspiel-Intendant **Alexander Pereira** unterstrich zum Abschluß der diesjährigen „Disputationes“ seine Entschlossenheit, auch in den kommenden Jahren an einer „Ouverture spirituelle“ festhalten zu wollen, um so den Dialog zwischen Kultur und Religion fortzuführen. **Pereira** war bis Anfang Juli erfolgreicher Intendant des

Opernhauses in Zürich.

Das Interesse der Öffentlichkeit habe alle seine Erwartungen übertroffen. Man wolle im kommenden Jahr versuchen, noch mehr als bisher das Interesse der Jugend für spirituelle Grundlagen und geistliche Musik zu gewinnen, so **Pereira**. Schon jetzt stehe fest, daß **Haydns** „Schöpfung“ auch 2013 – dann unter Leitung von **Nikolaus Harnoncourt** – die „Ouverture spirituelle“ eröffnen wird.

Christliche Kultur

Nach dem Judentum, dem heuer ein besonderer Schwerpunkt galt, werden im kommenden Jahr der Buddhismus und seine Beziehung zur christlich geprägten Kultur im Mittelpunkt der Salzburger „Disputationes“ stehen.

Widerstand gegen die „Fristenlösung“

VON DR. JOSEF PREßLMAYER

In seiner Enzyklika „Evangelium vitae“ lehrt der große Papst **Johannes Paul II.**: „Gesetze dieser Art („Fristenlösung“) rufen nicht nur keine Verpflichtung für das Gewissen hervor, sondern erheben vielmehr die schwere und klare Verpflichtung, sich ihnen mit Hilfe des Einspruchs aus Gewissensgründen zu widersetzen.“

Wer folgt wirklich?

Doch wer folgt wirklich dieser Verpflichtung zum Widerstand gegen die „Fristenlösung“?

So unfassbar es ist: die Bischöfe Österreichs leisten nicht nur keinen Widerstand gegen die „Fristenlösung“, sondern motivieren im Gegenteil die sogenannte „Aktion Leben“, welche die „Fristenlösung“ befürwortet, deren „ergebnisoffene“ und „neutrale“ Beratung in den Pastoralämtern durchzuführen!

Wie Beratungen mit versteckter Kamera ergaben, empfiehlt die „Aktion Leben“ unaufgefordert die Abtreibungspille RU 486/Mifegyne und leitet zur Fiala-Klinik in Salzburg und zur Fleischmarkt-Klinik in Wien mit den Worten: „In Wien wissen's eh, da ist ein Fleischmarkt, da kann man das machen“ weiter.

Prälat **Georg Ratzinger**, der Bruder des Heiligen Va-

ters, informierte auf meine Bitte den Papst, welcher nach einem früheren Gespräch mit Bischof **Küng** der Meinung war, daß diese „Mißstände behoben“ seien. Da dies nicht der Fall war, half Prälat **Ratzinger** weiter und berichtete dem Papst auch über die Petition „Katholiken pro life statt pro choice“ – kath-prolife.at – die auch eine unfassende Dokumentation beinhaltet.

Küings Appell

Offenbar infolge dieser Intervention hat Bischof **Küng** nun an die Bischöfe appelliert sich von der „Aktion Leben“ zu entflechten!

Doch nichts geschah! Die „Aktion Leben“ hält weiterhin ihre „ergebnisoffenen“, „neutralen“ Beratungen, die nach ihrer Homepage „weder gegen das Kind noch zum Kind“ raten – eine Ungeheuerlichkeit für eine kirchlich pastorale Beratung!

Wie berührend war doch der „Kreuzweg für die Ungeborenen“, den unsere Gebetsgruppe unter der Leitung von **Franz Wagner**, einem

Ziegenzüchter aus Oberrabenthan im Waldviertel, die erstmals bei mir Station machte. Dieser Kreuzweg, es wird wohl der einzige dieser Art auf der Welt sein, ist im Garten des „1. Europäischen Lebensschutz-Museums“ angelegt!

Wagner hat auch eine Petition initiiert, um Landeshauptmann **Pröll** zu veranlassen, die Abtreibungen in Niederösterreich nach Gmünd auch in weiteren Krankenhäusern zu beenden. Die Abtreibungen im AKH Gmünd wurden nach 4 ½ Jahren Gebets-Vigilien beendet. Derartige Gebete bezeichnet die „Aktion leben“ auf ihrer Homepage als

„kontraproduktiv“, die Leiden der Frauen nach der Abtreibung als „Erfindung radikaler Gruppierungen“ und das Zeigen von Fotos oder Modellen ungeborener Kinder als „Belästigung“

Mitschuldige Kirche

Wie entsetzlich ist der Gedanke, daß die Kirche eine Organisation in ihren Pastoralämtern beschäftigt, welche für die „Fristenlösung“ eintritt.

Die Kirche **JESU CHRISTI**, die auf dem Fels **Petri** gegründet wurde, macht sich dieser Art mitschuldig an der Massenvernichtung von rund drei Millionen ungeborenen Kindern in Österreich durch die „Fristenlösung“, die nach der Prognose des angesehenen „Vienna Institute of Demography“ zu einer islamischen Mehrheit und einer katholischen Minderheit von rund fünf Prozent führen wird.

Pepi, Gott schütze Dich!

Den 70. Geburtstag feierte der Lebensschützer **Dr. Josef Preßlmayer** am 29. August. „Der 13.“ wünscht dem professionellen Aufdecker von Unzulänglichkeiten und unermüdlichen Kämpfer für die Ungeborenen weiterhin **GOTTES** Schutz bei seiner oft nicht ungefährlichen Arbeit.

Unser Freund „Pepi“ hat sich mit Zähigkeit und Ausdauer vom Erzieher zum promovierten Schulpsychologen und zum Kurator des Lebensschutz-Museums emporgearbeitet. Lieber „Pepi“, wir brauchen Dich und Deine Arbeit noch weiter! **GOTT** schütze Dich!

Deine Journalistenfreunde Friedrich und Albert

Josef Preßlmayers Petition und Demonstration

Mit einer Petition wandte sich der Lebensschützer **Josef Preßlmayer** an den niederösterreichischen Landeshauptmann **Erwin Pröll**. Anlaß war die zweite Familien-Akademie auf Schloß Auhof. Schulpsychologe

Preßlmayer führt die sinkende Anzahl der Schulanfänger ins Treffen: von 1998 bis 2008 von 18.500 auf 16.200. Wenn man die Reihe fortsetze, werde es in Niederösterreich in 40 Jahren nur mehr 9487 Schulan-

fänger geben. Vor wenigen Tagen meldete der Lebensschützer auch eine Demonstration vor dem Sitz des Eisenstädter Bischofs an. Bis 13. Oktober wird **Preßlmayer** täglich von 14 bis 16 Uhr vor dem Haus in Eisenstadt,

St. Rochusstraße 21, stehen und Bischof Dr. **Zsifkovics** und die Katholische Kirche Österreichs aufmerksam machen, nicht mit der „Aktion Leben“ zu kooperieren und sie finanziell zu unterstützen.

Die Stadt Wien hat ihren Schuldenstand in den letzten zwei Jahren auf fast vier Milliarden Euro (!) mehr als verdoppelt. Ausser gewaltigen Gebührenerhöhungen nach der letzten Wahl hat die Stadt Wien bisher nichts zur Eindämmung ihrer Schulden getan – im Gegenteil, sie verteilt mit beiden Händen Steuergelder an diver-

Rot-grünes Wien und die Schulden

se Vereine und für schräge Veranstaltungen. Worte wie Integration, Migrantenclub, schwul, lesbisch... genügen und schon sprudeln die Geldquellen. Daß der Life-Ball auch mit 800.000 Euro gesponsert wurde, darf extra erwähnt werden. Diverse Ausländervereine bekommen Subventionen in vielfacher Millionenhöhe und die Kosten für die arbeitslose Grundversorgung explodieren Dank der ungebremsten Zuwanderung, die von Wien besonders gefördert wird. Damit erhofft man, die rot-grüne Rathausmehrheit zu behalten. Daß die Schulden auch einmal zurückgezahlt werden müssen, das scheint die politische Führung in Wien nicht zu interessieren. So unter dem Motto des alten Wiener Liedes: „Es wird a Wein sein und mir wer'n nimmer sein...“ hinterläßt man den Kindern ein schreckliches Erbe.

Stephan Pestitschek
A- 2231 Strasshof

LESER SCHREIBEN...

„Ich habe sie gesehen!“

„Ich habe sie gesehen, die Unbefleckte Empfängnis!“ Ja, das waren die unvergesslichen Worte, welche die heilige **Bernadette** vor dem Sterben der staunenden Nachwelt hinterlassen hat. **Bernadette** nannte die makellos reine, die unbefleckt empfangene Gottesgebäerin **Maria** „die über alles schöne Frau“. Unsere menschliche Ausdruckskraft versagt, sie kann für etwas derartig himmlisch Schönes wahrlich

keine Worte finden.

Weil die Heilige **Bernadette Soubirous** aus Lourdes die Unbefleckte Empfängnis geschaut hatte, brauchte ihr Leib nach dem Sterben die übliche und normale Verwesung nicht schauen. Der entseelte Leib der Heiligen **Bernadette** ist bis heute durch ein permanentes Wunder **GOTTES** unversehr! Viele Pilger haben in Frankreich, in Nevers, den unverwesten Leib der **Ber-**

nadette gesehen. Es ist sehr schade, daß viele Lourdes-Pilger daran vorübergehen, und kaum bedenken, warum es der gütige **GOTT** so wunderbar gefügt hat, daß ihr Leib bis heute unverwest geblieben ist. Und selbstverständlich ohne technische oder chemische Hilfsmittel.

Bedenken wir doch: Die himmlische Mutter will uns Katholiken sagen: „Das Antlitz, das mich in meiner unbefleckten Schönheit schauen durfte, kann nicht vergessen.“ Und davor muß selbst der Tod mit seiner radikalen Vernichtung Halt machen.

Erich Stuck
A- 5020 Salzburg

Gedanken zur Hand- und Mundkommunion

Als Mutter **Teresa** einmal danach befragt wurde, was sie für die größte Katastrophe der Menschheitsgeschichte betrachtet, antwortete sie zum Erstaunen vieler: „Der moderne Kommunionempfang“ und nicht wie erwartet, die Abtreibung der ungeborenen Kinder im Mutterleib. Beides darf man aber durchaus im Zusammenhang sehen. Es ist unbestritten, daß mit der Einführung der Handkommunion die kirchliche Vorschrift der Benützung der Kommunionpatene nicht eingehalten werden kann und die abfallenden Partikel keine Beachtung mehr finden.

Nun lehrt die Kirche aber, daß in jedem Partikel der ganze **CHRISTUS** mit Gottheit und Menschheit gegenwärtig ist. Wem tut es noch weh, daß **JESUS CHRISTUS** im Allerheiligsten buchstäblich mit Füßen getreten wird?

In einer Kirche fand sich am Kommunionspendungsplatz eine ganze „Straße“ von Partikeln, so daß die Mesnerin, die den Pfarrer auf einen abgefallenen Partikel aufmerksam machen sollte, erschrocken ausrief: „Da liegt ja ein ganzer Haufen!“ Kurz darauf fand sich bei einem Jugendgottesdienst eine dreiviertel Hostie vor einer Bank. Die Leute sahen es beim Kommuniongang, blieben stehen, aber keiner hob sie auf. Irgendwie spürten sie, daß das die Aufgabe des Priesters sei und warteten bis er herbeikam. Woanders lag unbeachtet eine halbe Hostie unter der Treppenstufe am Spendungsplatz. Eine Frau nahm ihre Hostie mit in die Bank, teilte sie mit ihrem Nachbarn, ohne auf die dabei abfallenden Partikel zu achten.

Die Purifizierung der Finger des Priesters nach der Kommunionsspendung ist seit

der Einführung der Handkommunion und der Kommunionhelfer auf alle Fälle in Frage gestellt. Wo der Leib unseres Herrn und Erlösers **JESUS CHRISTUS** nicht mehr mit der äußerst möglichen Sorgfalt behandelt wird (und man in Kauf nimmt, daß er am Boden zertreten wird) ist es nicht verwunderlich, daß der Leib der unerwünschten Kinder im Schoße ihrer Mütter zerstört wird. Natürlich bleibt immer ein Restrisiko, daß Partikel abfallen können. Das entzieht sich jedoch jeglicher Verantwortung.

Es sollte auf die Rückkehr des Heiligen Vaters zur Knie- und Mundkommunion geschaut werden und ein Nachdenken darüber stattfinden. Schließlich geht es um das Allerheiligste.

Fanny Jakob
D- 86508 Rehling-
Allmering

Zulassungsbedingungen für korrupte Parteien

Die Diskussion um Neuwahlen im Bundesland Kärnten nimmt der Bundesobmann der Christlichen Partei Österreichs (CPÖ), Dr. **Rudolf Gehring**, zum Anlaß, um mehr Gerechtigkeit bei der Kandidatur von politischen Parteien zu verlangen. Es sei nicht einzusehen, daß Parteien, die sich direkt oder auch indirekt mit Steuergeldern unrechtmäßig bereichert haben, ohne Einschränkung neuerlich bei Wahlen kandidieren dürfen. Bei allen korrupten Parteien sollte es nach den Vorstellun-

gen von Bundesobmann **Gehring** künftig nicht mehr möglich sein, daß die Unterschrift einiger Abgeordneter für eine Kandidatur genügt. Das Mindestanforderung wäre, daß diese Parteien ebenfalls Unterstützungserklärungen wie jede neue Partei zu liefern haben.

Es sei nicht einzusehen, daß solche Parteien weiterhin einen erleichterten Zugang zu Wahlen haben, um problemlos weitere öffentliche Gelder (= erhöhte Parteienförderung aufgrund des sogenannten Transparenzpa-

kets) zu erhalten. Für korrupte Parteien sollten verschärfte Regelungen für die Kandidatur zu einer Wahl gelten. Das würde zu mehr Gerechtigkeit gegenüber jenen Parteien führen, die sich korrekt verhalten und verantwortungsvoll mit Steuergeldern umgehen.

Wie in einem Leserbrief zum Ausdruck gebracht wurde, „scheint es illegale Parteienfinanzierung auf Kosten der Steuerzahler auf allen politischen Ebenen und bei Politikern aller Couleurs“ zu geben. Es sei somit nicht das

„System Haider“, das zerbröckelt, sondern das landesweite System der illegalen Parteienfinanzierung, bei dem die handelnden Politiker bisher überhaupt kein Unrechtsbewußtsein und daher auch kein schlechtes Gewissen hatten. „Da Rot-Grün-Schwarz vor Kurzem für eine mehr als ausreichende Parteienfinanzierung gesorgt haben, ist es Zeit, diese Fehlentwicklungen nachhaltig und dauerhaft auszumerzen.“

Dr. Rudolf Gehring
A- 2380 Perchtoldsdorf

Deutlicher Widerspruch zum Eheverständnis Jesu

Pater **Jörg Müller**, bekannt als Psychotherapeut, Exorzist und theologischer Begleiter der neuen „Erscheinungen Mariens in Marpingen“ hat in einem Leserbrief in „Die Tagespost“ Würzburg vorgeschlagen, daß sich die Katholische Kirche auf das orthodoxe Eheversprechen einigen sollte: „Bis daß der Tod der Liebe uns scheidet.“

Dies widerspricht nicht nur dem Eheverständnis JESU, sondern auch dem christlichen Liebesgebot allgemein,

das sogar die Feindesliebe einschließt. Pater Dr. **Jörg Müller** gelingt es immer wieder, für seine irreführenden Thesen ein Forum zu bekommen. Er setzt dies fort, was er anfänglich in seinem Buch: „**Don Camillo** spricht mit JESUS“ fest zementiert hat, in einer weiteren Ausgabe zwar – ob auf grund heftigen Widerstandes oder aus taktischen Gründen sei dahingestellt – fallen gelassen hat. Zu gegebener Zeit ist er damit jedoch immer wieder präsent. Es stört ihn nicht,

wenn er auf Exerziten in frommen Häusern die Teilnehmer schockiert, indem er das Evangelium JESU CHRISTI bezüglich der Ehelehre gänzlich auf den Kopf stellt und eine falsche Barmherzigkeit einfordert und sich damit noch auf JESUS beruft.

Es gibt derzeit höchst wahrscheinlich mehr ungültig geschlossene Ehen als je zuvor. Wem es als Geschiedenen wirklich am Herzen liegt, zu den Sakramenten gehen zu können, wird vor einer weiteren Heirat das Ehegericht

bezüglich einer möglichen Ungültigkeitserklärung der vorausgegangenen Eheschließung anrufen. Das Problem ist doch, daß heutzutage in vielen Fällen vor der ersten Ehe „wild zusammengelebt“ wurde und nach einer Scheidung dies mit einem neuen Partner schnellstmöglich fortgesetzt wird. Die Sünde der Unzucht, die nach den Worten des heiligen **Paulus** vom Himmelreich ausschließt, wird vielfach nicht mehr ernst genommen. Im Katechismus der Katholischen Kirche ist jedoch ganz klar festgelegt, daß das eheähnliche Zusammenleben ohne kirchlichen Trauschein als Unzucht betrachtet werden muß. Wer sich hinsichtlich von Ehescheidung und Wiederverheiratung auf JESUS beruft, darf nicht vergessen, daß JESUS nicht nur dies, sondern schon allein das lüsterne Ansehen als Ehebruch im Herzen bezeichnet hat.

Sofie Christoph
D- 86447 Aindling

Blasphemie in der Strafrechtspraxis

Zu Recht wies Frau Simon in der „Presse“ vom 23. Juni darauf hin, die Strafrechtspraxis begünstige Angehörige von Religionen, die sich besonders lautstark, ja aggressiv gegen Herabwürdigung ihrer religiösen Lehren wehren.

Noch treffender hat **Günter Nennung** anlässlich der blasphemischen Haderer-

Karikaturen (JESUS als halluzinierender Junkie...) das Messen mit zweierlei Maß angeprangert: „Grundsatz ist: Allen Religionen höchster Respekt – dem Christentum aber Spott und Hohn!“ Für mich als früheren Richter und Staatsanwalt ist sicherlich und jedenfalls diese Ungleichbehandlung von – auch wahrheitsgemäßen –

scharf kritischen Kommentaren etwa zum Propheten **Mohammed** einerseits und glatten Verhöhnungen CHRISTI, für Gläubige also des menschengewordenen GOTTES andererseits, namentlich in der Strafrechtspraxis, unverständlich und skandalös.

Dr. iur. Heinz Keinert
A- 4040 Linz

Angriffspläne Israels gegen atomaren Iran

Anlässlich des Besuchs von Israels Verteidigungsminister Ehud Barak bei seinem deutschen Amtskollegen Thomas de Maiziere wurde auch über die Möglichkeit eines israelischen Angriffs auf den Iran debattiert.

Erwartungsgemäß erklärte **de Maiziere**, daß Deutschland alles unternehmen werde, um den Iran davon zu überzeugen, sein Nuklearprogramm fallen zu lassen. Aber **Barak** zeigte seine Skepsis, daß man den Iran mittels Sanktionen nicht in die Kniee zwingen könne. Deutschlands Verteidigungsminister gab **Barak** zu bedenken, daß der Iran große Teile seines Nuklearprogramms in tief liegende Stollen verlegt hat, was es für Israel schwieriger machen dürfte, diese Anlagen zu zerstören; abgesehen davon, daß der Iran von Rußland die gefährlichen S-300 Flugabwehr-Raketen erhalten hat, mit denen die israelischen Flugzeuge abgeschossen werden könnten.

De Maiziere meinte, seinen Besucher darüber aufklären zu müssen, daß er die negativen Konsequenzen eines solchen Angriffs unterschätzen würde, so daß es unklug wäre, ein solches Risiko überhaupt einzugehen. Aber Berlin liegt nicht in Israel, so daß es sehr simpel erscheint, solche Ratschläge dem verantwortlichen israelischen Militär zu geben angesichts der Tatsache, daß mit jedem Tag es für Israel schwieriger werden wird, wirkungsvoll den Bau einer iranischen Atomwaffe zu vereiteln. Denn leider arbeitet die Zeit für den Iran und

nicht unbedingt für Israel.

Inzwischen geht man davon aus, daß Israel Ende 2012 den Angriff auf den Iran unternehmen wird, wenn auch der US-Präsident **Obama** Israels Premier **Netanjahu** bei seinem Besuch in Washington vor einem solchen Schritt gewarnt hatte. Dagegen äußerten sich republikanische Präsidentschaftskandidaten, **Mitt Romney, Rick Santorum** und **Newt Gingrich** sehr dezidiert über die Notwendigkeit, den Iran auch mit Waffengewalt abzustoppen, denn einmal zu einer Atommacht geworden, würde es wesentlich problematischer sein, den Iran in die Schranken zu weisen, Sie bezeichneten **Obama** der Zögerlichkeit in einer Zeit, da schnelles Handeln nötiger ist denn je. Sicherlich läuft für Israel die Zeit davon, nachdem die internationale Staatengemeinschaft nicht müde war, dem zynischen Regime in Teheran einen endgültigen Termin nach dem andern zu setzen, die allesamt verstrichen sind, ohne daß sich der Iran dazu bequemte, sein Atomprogramm einzustellen.

Im Zuge der weiteren Motorisierung in China und Indien wird der Treibstoff in Zukunft knapper, was dem Iran als viertgrößter Erdöllieferant nur zustatten kommt. Über ein Ölembargo des Westens kann Teheran nur lachen. Wer will denn auch kontrollieren, welches westliche Land sich an die Auflagen eines Lieferboykotts aus dem Iran hält und wer nicht?

Denken wir dabei auch an Rußland, das nach wie vor

an seiner eigenständigen Außenpolitik festhält. Für Moskau sind die Grenzen dort angesiedelt, wo Rußland den Eindruck hat, von der Weltbühne verdrängt, in seiner geopolitischen Lage geschwächt und in seinen Verteidigungskapazitäten gefährdet zu werden.

Insofern lehnt Rußland exzessive Gewalt sowohl gegen Syrien als auch gegen den Iran ab. Selbst die Erweiterung der NATO und die Entwicklung einer neuen militärischen Infrastruktur wie die von den USA entworfenen Pläne für ein Raketenabwehrsystem im Osten Polens lehnt Moskau kategorisch ab. Fast panisch sieht sich Rußland verwundbar, auch wenn solche Raketen einem Angriff aus dem Iran gelten.

Selbst die Luftangriffe durch westliche Staaten, wie Frankreich und England, im Libyen-Konflikt sah Rußland mit Argwohn, auch wenn uns Judenchristen von vornherein klar war, daß es in der arabischen Welt niemals zu einem demokratischen Frühling kommen wird. Es liegt immer wieder an der Naivität westlicher Politiker, die über mangelnde Bildung und mangelhafte Kenntnisse über die diversen Mentalitäten verfügen, wenn sie einem Zweckoptimismus frönen, der der Realität (leider) nicht entspricht. Hier versucht Israel nüchtern zu sein, auch wenn der Staat auf einen Angriff mit nicht konventionellen Kampfstoffen gar nicht gerüstet ist. So fehlen noch immer für 40 Prozent der Bevölkerung Gasmasken

und auch fehlende Unterstände in den Großstädten.

Es ist ein Horrorszenario, dem Israel ausgesetzt ist, so daß es sich in seinem Überlebenskampf genötigt sehen könnte, selbst Atomwaffen einzusetzen.

Als ehemaliger Geheimnisträger in Israel kann ich lediglich mitteilen, daß Israel offiziell über 200 und inoffiziell über 400 Atomwaffen verfügt, wobei es gut ist, daß die Feinde Israels als Abschreckung darüber informiert sind.

Aber es ist daher auch nahe liegend, wenn Israels Gegner bemüht sind, sich ebenfalls atomar zu bewaffnen. Im Falle Israel darf man davon ausgehen, daß Israel keine Angriffskriege führt, aber dies ist bei den religiösen islamistischen Fanatikern leider nicht auszuschließen.

So dürfen auch wir gespannt sein, wie die Entwicklung im nah-östlichen Kampfgebiet weiter gehen wird. Doch eines sei nochmals betont: an GOTTES eisernem Willen kann sich keine Macht der Welt vorbeimogeln; nicht einmal **Satan** hat hier eine Chance, GOTTES Pläne zu durchkreuzen. Der politische und militärische Druck auf Israel soll Israel für die gute Heils- und Friedensbotschaft ihres Messias JESCHUA hörbereit machen. Mit diesem Wissen wünschen wir dem noch nicht bußbereiten Israel, daß sie lieber heute als morgen umkehren zu dem Retter ihrer Seelen und überhaupt ihrer Existenz, denn viel Zeit verbleibt nicht mehr dazu.

Klaus Mosche Pülz
61304 Tel Aviv

Bin entsetzt

In einem Internet-Portal las ich, daß es der Nuntius in Berlin bedauerte, daß die deutsche Kirche so wenig auf den Papst hört.

Der Papst läßt in der Öffentlichkeit nichts wissen, so meine ich, was er den deutschen Bischöfen sagt: er wirkt voll zufrieden mit diesen. Er sagte ja auch bei seinem Abschied beim Deutschlandbesuch, daß er

ihnen vertrauen würde, was mich erschauern ließ.

Wenn aber nun von der Seite des Nuntius Bedauern vorliegt, dann kann ich nur sagen, daß der Papst selbst schuld ist: wer einen **Thisen**, einen **Wölki**, einen **Zollitsch** und einen **Marx** und **Müller** ernennt, und einen **Mixa** und einen **Krenn** absetzt, der schafft für diese bedauerten Zustände selbst die allerbesten Voraussetzungen.

Die Ampeln sind auf grün gestellt

Seit dem zweiten vatikanischen Konzil sind die Ampeln rund um den Erdkreis auf grün gestellt. Hohe Würdenträger drücken den Knopf, es gibt kein STOP.

Satan ist der Herrscher der Welt, er hat alles auf den Kopf gestellt.

Die Entehrung von GOTT schreitet flott voran, das höllische Gespann geht aufs Ganze, es ist ihre letzte Chance, ehe das Blatt sich wendet und die finstere Epoche endet.

Der Himmel macht alles neu, GOTT kommt wieder zu Ehren, zig Millionen Menschen werden sich bekehren, der Himmel ist dann offen, überall neues Hoffen, eine Blütezeit beginnt für das Paradies.

Eines ist dann gewiß:

Die Zeiten vom finsternen Verließ sind dann vorbei.

Die Ampeln sind dann wieder auf grün rund um die Welt, die Gotteskinder werden dann vom HEILIGEN GEIST erhellt, GOTT VATER macht alles neu, ein ewig blühender Mai bricht an, zum Teil der Himmel auf Erden, läßt alles neu werden.

Es ist so angekündigt, daß für 1.000 Jahre **Satan** verschwindet, die Menschen werden sich bekehren, und GOTT wird man liebend verehren.

Herbert Weichselbraun
A- 9900 Linz

Wenn ich das mit dem vergleiche, was die Muttergottes in Fatima gesagt hat, mit dem was in den vergangenen 40 Jahren in der Kirche pas-

siert ist, dann kommt mir das blanke Entsetzen – wie vor einem Abgrund!

Friedrich Gruber
A- 4040 Linz

Verkehrte Welt

Laßt nicht trüg' im Strom euch treiben, merkt, wer hier die Weichen stellt und habt Mut, normal zu bleiben auch in der „Verkehrten Welt“.

Die, die mit den Wölfen heulen, wissen oft nur allzugut, daß verbale Totschlagskeulen den bedroh'n, der es nicht tut.

Worte, als verpönt, verschwinden und verfehmt ist, wer sie nennt. Schnell am Pranger kann sich finden, wer zur Wahrheit sich bekennt.

Seht, was hier für Normen walten, staunt nur, denn ihr hört nicht schlecht: Da schützt oft nur Fehlverhalten vor Kritik, das „Menschenrecht“.

Irrsinn herrscht, vom Frust verleitet, mancher in die Kniee geht - bleibt die Schar, die aufrecht schreitet und dem Zeitgeist widersteht!

Klemens Maria
A- 1010 Wien

Freiheitlicher

Akademiker verband (FAV) OÖ

NEUER KLUB

Zweigstelle Oberösterreich

Einladung zu Vortrag mit Dokumentarbildern und mit nachfolgender Aussprache

Südtiroler Freiheitskampf der Sechzigerjahre - Italienischer „Gegenterror“

Dr. Helmut Golowitsch:

„Neofaschistische Bombenanschläge in Österreich - Geheimdienste im Hintergrund“

Mittwoch, 26. September 2012, um 19 Uhr:

Gasthaus Schwarzer Anker
Hessenplatz 14
(Ecke Bismarckstraße - Humboldt-Straße)
A- 4040 Linz

Neuer Bluttest gegen Ungeborene

Nachdem das zuständige Regierungspräsidium Freiburg den Trisomie-Test der Firma GATC/Lifecodexx aus Konstanz am 31. Juli 2012 freigegeben hat, kann dieser seit Mitte August 2012 bundesweit angeboten und angewendet werden.

Mit diesem „PraenaTest“ ist es möglich, die Jagd nach mongoloiden Kindern im Mutterleib früher als bisher zu beginnen. Laut „Angaben der Bundeszentrale für politische Bildung“ in Bonn werden zur Zeit 90 Prozent der entdeckten Behinderten abgetrieben... wir nennen dies „ermordet“.

GATC/Lifecodexx kann nun endlich aufatmen: sie haben in den letzten Jahren viel Geld in diese neue Selektions-Technik gesteckt und wollen endlich Gewinne sehen. Daß die Aussichten dafür in Zukunft sehr gut sind, sprechen folgende Zah-

len: Nach Angaben der „Bundeszentrale für politische Bildung“ nehmen jährlich etwa 85 Prozent der schwangeren Frauen eine private Zusatzleistung in Anspruch, wie zum Beispiel eine pränatale Diagnostik, also vorgeburtliche Untersuchungen des ungeborenen Babys. Die Schwangeren wollen wissen, ob ihr Kind gesund oder krank ist.

Zielgruppe der Firma GATC/Lifecodexx in Deutschland sind somit etwa 670.000 schwangere Frauen (85 Prozent aller Schwangeren), die für einen „PraenaTest“ in Frage kommen (mit steigender Tendenz). Das der neue Bluttest zum Aufspüren einer Behinderung mit Trisomie 21 bereits ab der 10./12. Schwangerschaftswoche durchgeführt werden kann und für die Schwangere ungefährlich ist, dürfte es ein Leichtes sein, mit dieser Selektionsmethode den „Gesundheitsmarkt“ schnell und

gewinnbringend zu erobern.

Die „Macher“ von GATC/Lifecodexx, die die wirtschaftliche und psychosoziale Situation in unserem Land treffsicher analysiert haben, bevor sie Millioneninvestitionen tätigten, können sich bald die Hände reiben:

Sobald ein flächendeckendes Netzwerk mit Hilfe von Frauenarzt- und Kinderwunschpraxen, Unis sowie Kliniken für Pränataldiagnostik aufgebaut ist, dürfte bei einem Verkaufspreis von etwa 1200 Euro für den „PraenaTest“ ein Jahresumsatz von achthundert Millionen Euro (800.000.000) und mehr leicht zu erreichen sein. Die Gewinne werden sprudeln.

Aber nicht nur die den Test vermittelnden Kliniken und Praxen werden sich ein grosses Stück vom „Pränatal-Kuchen“ abschneiden, sondern auch die Krankenkassen und letztendlich der deutsche Staat selbst wird Milliarden-

beträge einsparen können, da die behinderten Menschen „erfolgreich“ selektiert und letztendlich (zu 90 Prozent) getötet werden, so daß alle „Folgekosten“ ausbleiben.

Wir schreiten immer weiter fort in den ethischen Abgrund, aber ein Fortschritt ist dieser weitere Dammbbruch gegen Ungeborene sicher nicht! Es genügt keineswegs, die Verbrechen der Nationalsozialisten anzuprangern; diese gehören zu unserer historischen Vergangenheit, an der wir ohnehin nichts mehr ändern können.

Lernen wir aber aus der Geschichte! Lassen wir nicht zu, daß unser Grundgesetz und Rechtssystem zu einer Makulatur verkommt, bei der die alten, kranken, behinderten und viele ungeborene Menschen „auf der Strecke bleiben“!

**Initiative Nie Wieder!
Günter Annen
D- 69469 Weinheim**

Einladung zur 60. Fatimafeier

am Fest „Maria Namen“

am Mittwoch,
12. September 2012,
in der Schloß-Kirche
Walpersdorf

Beginn 18:30

Aussetzung – Beichtgelegenheit – Rosenkranz – sakramentaler Segen – Hl. Messe „vetus ordo“ mit Predigt und Prozession

Auskunft: bei den Petrus Claver Schwestern in Walpersdorf, Tel.: +43 (0) 2782 - 84083



Ich abonniere die Zeitung „Der 13.“

zum jährlichen Preis von 24 Euro in Österreich; 24 Euro in Deutschland; sfr 44 in der Schweiz; (inklusive MWSt. und Postporto). Senden Sie mir bitte einen Zahlschein zu. Bei etwaiger Einstellung der Publikation gibt es kein Recht auf Rückerstattung einbezahlter Beträge.

<i>Für mich selbst:</i>	<i>Als Geschenk für:</i>
	<i>Es bezahlt:</i>
<i>Unterschrift</i>	

Die Christenverfolgung in der Welt

Der arabische Frühling ist gescheitert, weil er den Frauen den Winter brachte.

Aber nicht nur den Frauen brachte der arabische Frühling keine Befreiung aus der muslimischen Umklammerung, auch die Christen zählen zu den Verlierern. Wenn rund 100 Millionen Christen wegen ihres Glaubens weltweit verfolgt werden, darf man nicht übersehen, daß

arabische Staaten in der Statistik in den vorderen Stellen zu finden sind, wobei etliche davon auch hohe Entwicklungsbeihilfen aus Europa einstreifen.

Es ist aber nicht genug, daß in arabischen Ländern immer mehr radikale muslimische Gruppen an die Macht drängen, auch „schleichende Islamisierung“ über die Geburtenzahlen zählt. Je nach Zu-

sammenstellung, findet man Nordkorea, Afghanistan und Saudi-Arabien immer an den ersten Plätzen der Christenverfolger angeführt. Dann folgen Somalia, der Irak und einige Staaten in Afrika und Asien. Kolumbien und Malaysia nehmen in den Aufstellungen meist die letzten Plätze ein.

**Chefred. i.R Anton Padua
A- 5020 Salzburg**

Unser Bundesheer ist ein Garant

Unser bewährtes Bundesheer zu demontieren ist aus Sicherheit in jeder Sicht ein Experiment, das nur von Menschen ohne Weitblick vertreten werden kann.

Es soll weiterhin ein jeder Österreicher die paar Monate am Beginn im Arbeitsleben für die Allgemeinheit zur Verfügung stehen.

Das Bundesheer soll zu einem zweiten Bildungsweg verbessert werden, ob es Fremdsprachen-Förderung,

berufliche Lehrgänge oder im Sozialbereich ein Schnupperlehrgang sei. Bei Naturkatastrophen oder im Einsatz für friedenserhaltende Maßnahmen hat Österreich großen Anklang und Erfahrung.

Ein Berufsheer kann doch bei der Vielfalt von Einsätzen keine Lösung sein. Es würde auch für die vielen Freiwilligen Feuerwehren ein schlechtes Beispiel geben, wenn man sich vorstellt, alle Feuerwehren im ländli-

chen Raum müßten in Berufsfeuerwehren umgebaut werden. Die allgemeine Wehrpflicht soll für wirklich jeden Österreicher in den paar Monaten gegen eine kleine Entschädigung „Ehrensache“ und für den Staat, aber auch für die einzelne Person ein Vorteil sein. In jeder Hinsicht: Bundesheer, ein Garant!

**Josef Leibetseder
Bürgermeister a.D.
A- 4121 Altenfelden**

Nächster Erscheinungstermin

Die nächste Ausgabe der Zeitung „Der 13.“ wird voraussichtlich am 11. Oktober 2012 gedruckt und in Österreich noch am gleichen Tag ausgeliefert. Für die deutschen Abonnenten erfolgt die Anlieferung zur Post in Wegscheid voraussichtlich am 12. Oktober 2012.

Einladung

Am Mittwoch, 10. Oktober 2012, spricht im Neuen Klub der ehemalige ARD-Kommentator **Christoph R. Hörstel** zum Thema:

„Nahost und Iran: Lage und Aussichten im Lichte der US-europäischen Finanzkrise“.

Ort: Gasthof „Zum Schwarzen Anker“, Hessenplatz 14, 4040 Linz, 19 Uhr.

Impressum:

Eigentümer:

Albert-Engelmann-Gesellschaft m.b.H.

Ehrenherausgeber:

Bischof DDR. Kurt Krenn

Herausgeber: Dr Friedrich Engelmann

Postzustelladresse: A- 4115 Kleinzell 2

Email: office@der13.com

homepage: www.der13.com

Telefon: 07282 5797

Fax: 07282 5797 -13 oder -33

D- 94108 Wegscheid, Postfach 75

Druck:

OÖN Druckzentrum GmbH & Co KG

4010 Linz, Promenade 23

Erscheinungsort:

4150 Rohrbach

Verlagspostämter:

D- 94110 Wegscheid, A- 4115 Kleinzell

A- 4020 Linz

Jahresabo: 24 Euro in Österreich und EU-

Raum; sfr 44 in der Schweiz;

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos

etc. wird keine Haftung übernommen. Bei

Einstellung der Zeitung kein Recht auf

Rückerstattung einbezahlter Abonnementbeträge.

Gerichts- und Klageort Linz

Bankverbindungen:

Oberbank, Linz:

SWIFT: OBKLT2L

IBAN: AT19150000721049948;

Sparkasse Passau, BLZ 740 500 00,

Kto.-Nr. 6569;

Credit Suisse, 8070 Zürich,

Kto.-Nr. 4835-579529-91

Grundlegende Richtung:

Römisch-katholisch

Helpen Sie bitte mit, noch mehr Leser und Abonnenten für den „13.“ zu gewinnen. Durch bessere Information der Menschen können wir die Meinung in Kirche, Staat und Gesellschaft ändern.

Falls keine Briefmarke zur Hand, Porto beim Empfänger einheben

An die Redaktion der Zeitung „Der 13.“



A-4115 Kleinzell Nr. 2